

elam

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

Wer bestimmt
unsere Zukunft?

**Träume
ins Jahr
2000**

**Formel 1:
Geschäft
mit
dem Tod**



Rolf-Jürgen Priemer
in Kuba und Chile:

Zwischen Zuckerrohr und Kupferminen

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert Reichel,
Karl Heinz Schröder, Dr.
Peter Schütt, Pastor Horst
Stuckmann, Werner Weis-
mantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEF- REDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dort-
mund (verantwortlich)

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich /
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a.d.B.
Aisbacher Straße 65

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,- einschl.
Mehrwertsteuer / Jahres-
abonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund, Kto. 10068742
Postscheckkonto
Frankfurt/M. Kto. 2032 90

Druck: HESKA,
Klein-Krotzenburg



PFUNDS SACHEN

Knackige Brust

Und emanzipiert sind sie auch:
An heißen Sommertagen spazie-
ren die knackigen Wuppertale-
rinnen ihren Oberkörper auch
mal ohne Büstenhalter über die
Poststraße.

Generalanzeiger, Wuppertal,
24.9.71

Schwarzer Lichtpunkt

Ein Lichtpunkt einer wegen
ihrer skandalösen Ausverkaufs-
politik nach Ablösung schreiend-
den Regierung.

„Die Entscheidung“ (Junge
Union) 8/1971 über Helmut
Schmidt

Frühreif

Babys werden qualitätsbewußt
Überschrift in „Die Welt“,
6.10.71

Juso-Kuß

Die Bevölkerung wartet nicht
wie Dornröschen darauf, durch
den Kuß der Juso-Erkenntnis
aus ihrem Wohlstandsschlaf her-
aus mobilisiert zu werden.

Ulrich Steger im NRW-Juso-
Magazin „rheinruhrspiegel“,
3/71

Wunderdoktor

Beim Knochenbruch nicht jam-
mern – kräftig blasen
Empfehlung des FDJ-Zentralor-
gans „Junge Welt“, 8.9.71

Leihvater

Ausgeglichener Leihvater, gern
auch Farbiger, für Nikolai,
knapp 4, gesucht – da nur
weibliche Bezugsperson in der
Nähe.

Anzeige im „Berliner Extra-
Dienst“, 4.9.71

Rote Sendboten

Die Jugend in den westlichen
Industrienationen kennt keine
Not und keine Entbehrung,
weil sie in einer Wohlstandszeit
ohne Arbeitslosigkeit, Hunger,
Angst und unmittelbare Le-
bensbedrohung großgeworden
ist. Diese Tatsache machen sich
die roten Sendboten zunutze,
um ihre Sprüche in erster Linie
bei jungen, unerfahrenen Men-
schen loszuwerden, um von hier
aus den Klassenkampfgedanken
neu zu beleben.

Das Unternehmer-Propaganda-
blatt „Werk und Leben“,
21.8.71

Kriegsfrisur

Wenn ein Soldat mit oft bis auf
die Schultern herunterhängen-
den Haaren ein Erscheinungs-
bild bietet, so daß man Frau
und Mann nicht mehr unter-
scheiden kann, werden schon
rein optisch seine männlichen
Qualitäten in Frage gestellt.
Käme es je zu einem Krieg,
dann wären diese Langhaarigen
völlig ungeeignete Soldaten.
Man stelle sich nur, – man ver-
zeihe uns dieses unschöne Bild
–, diesen Langhaarigen im
Krieg vor: Seine Haarprach-
würde automatisch Versamm-
lungsstätte aller Läuse und aller
Schmutzes. Und wo er schießen
sollte, müßte er sich – kratzen
und würde dadurch sein Leben
riskieren.

Der neonazistische „Deutsch
Anzeiger“, 18/1971

Konzernmitglieder

Die westdeutschen Kommuni-
sten haben zwar nicht viel Geld,
sie eröffneten jedoch vor kur-
zem eine Partei-Schule in Essen,
die den Namen „Karl Lieb-
knecht“ trägt. In der Schul-
sollen vorwiegend Mitglieder
von Konzernen zur Beseitigung
eben dieser Konzerne ausgebil-
det werden.

Der neonazistische „Deutsch
Anzeiger“ 17/1971

VERSCHIEDENES

AUS WELCHEM SEHR ALTEN ADELSGESCHLECHT

übernimmt möglichst anhangloser Herr zwischen 45 u. 70 Jahren
Repräsentation bei Unternehmer?

Inserent verfügt über erstklassige Referenzen und bietet Mitwir-
kung und persönliche Fürsorge. – Nur seriöse Zuschriften erbeten
unter PD 39 997 an WELT-Verlag, 2 Hamburg 36, Postfach.

„Gegen den Schülerterror rufen Lehrer aller Schularten zur Mitarbeit auf.“

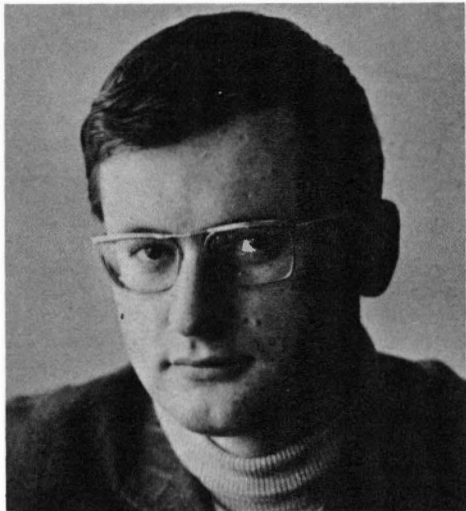
Zuschriften unter PM 53 678 an WELT-Verlag, 6 Frankfurt (Main),
Postfach 3623

Studienrat,

Fremdsprachen, Deutsch, 40 J., des
staatlich geduldeten Pöbels an deut-
schen Gymnasien überdrüssig, über-
nimmt jede Arbeit. ZF 5623 DIE ZEIT,
2 Hamburg 1, Pressehaus.

Anzeige in „Die Zeit“ 23/1971

Anzeigen in „Die Welt“ vom
1.10.71



Lieber Leser,

Während diese elan-Ausgabe durch die Druckmaschinen läuft, ist noch unklar, inwieweit die Unternehmer der Metallindustrie von ihrem provokatorischen Lohn- und Tarifangebot (4,5 Prozent) verdrängt werden. Klar hingegen ist, daß sie die Maske der „sozialpartnerschaftlichen“ Biedermänner immer dann fallen lassen, wenn es an ihre sagenhaften Profite geht. Und so bieten Unternehmerfunktionäre und ihre bezahlten Schreiber nun wieder das Schreckgespenst von Krise und Arbeitslosigkeit, um die äußerst mäßigen Lohnforderungen der IG Metall (neun bis elf Prozent) möglichst zu halbieren.

Dabei wird deutlich, was unter der oft beschworenen „wirtschaftlichen Freiheit“ hierzulande zu verstehen ist. Nämlich die Freiheit einer Handvoll Superreicher, auf Kosten von Millionen Arbeitenden märchenhafte Gewinne zu verwirklichen. Zu dieser „Freiheit“ gehört es, daß sie bis Jahresende 73 Betriebe mit 14 000 Arbeitsplätzen stilllegen, in 61 weiteren Betrieben 7 200 Arbeiter auf die Straße setzen und in 114 Betrieben mit 77 000 Arbeitern Kurzarbeit praktizieren wollen. Gesicherte Zukunft im Kapitalismus? Die Kumpel des Stahlwerkes Eckesey in Hagen wissen noch nicht, wann für sie die letzte Schicht läuft – ob sie morgen oder in einer Woche den blauen Brief erhalten. In Hagen spüren heute Tausende, wer in diesem Land Freiheit hat. Was elan von den Kollegen bei Eckesey hörte, ist auf den folgenden Seiten nachzulesen.

Um diese Unternehmer-Freiheiten auch für die Zukunft zu sichern, soll bis Mitte November der Regierungsentwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz den Bundestag passieren. elan hat diesen Entwurf in den vergangenen Monaten zur Diskus-

sion gestellt. Funktionäre der Arbeiterjugendverbände, Betriebsjugendvertreter und Betriebsräte haben dabei eindeutig herausgestellt: Dieser Entwurf dient nur den Unternehmern. Die Einschätzung wird geteilt von Gewerkschaftskongressen und Jugendkonferenzen.

Um nun aber diesen Eindruck in der Öffentlichkeit zu unterlaufen, haben die Unternehmerverbände schon vor Wochen zu einer raffinierten Taktik gegriffen. Angesichts der sicheren Beute schießen sie nun ihrerseits aus allen Rohren gegen den Entwurf! Da wird das Wort vom „Gewerkschaftsstaat“ aufgewärmt, dem mit diesem neuen Gesetz Tür und Tor geöffnet werde. Die Absicht ist leicht zu durchschauen. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch Unternehmer unzufrieden seien. Damit der BILD-Leser dann zu der beruhigenden Feststellung kommt, daß bei Kritik von beiden Seiten ja wohl die Bundesregierung den goldenen Weg der Mitte beschriften habe, daß sie unabhängig sei von „Verbandsinteressen“. Was die Unternehmer wollen – und was ihnen der Regierungsentwurf gewährt –, stellt die „Frankfurter Rundschau“ (13.10.71) in einem Kommentar zum Thema fest:

„Mit einer bisher ungehört aggressiven Terminologie geben die Arbeitgeber Zeugnis von ihrer Reformunwilligkeit. Völlig unberührt von den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen von der Kontrollbedürftigkeit des Produktivvermögens, wo es zur Macht über Menschen führt, verteidigen sie mit Klauen und Zähnen einen absolutistischen Betriebsführungsstil. Sie sagen Marktwirtschaft und meinen das Recht des Herrn im Hause, sie sagen freiheitliche Wirtschaftsordnung, meinen die schrankenlose Verfügungsgewalt über Menschen und Sachen.“

Das ist es, was gerade im Zusammenhang mit dem BVG-Entwurf bekämpft werden muß. Obwohl mehrere Gewerkschaftskongresse (zuletzt unter anderem der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall) Kampfmaßnahmen gegen den Gesetzentwurf forderten, verzichtet der DGB-Bundesvorstand vollständig auf die Mobilisierung der organisierten Arbeiter.

Hier zeigt sich die Notwendigkeit, die Gewerkschaften auf allen Ebenen (von den Betrieben bis zum DGB-Bundesvorstand) verstärkt als Kampforganisationen der Arbeiterschaft zu profilieren. Anders sind Erfolge nicht erreichbar.

Es bleibt nur noch wenig Zeit. Gerade deshalb sollte nun jede Möglichkeit genutzt werden, in allen Städten öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen den reaktionären BVG-Regierungsentwurf zu entwickeln. Wir müssen klarmachen: dieses Gesetz ist kein Fortschritt. Es ist ein Geschenk an die Unternehmer, ein Schlag gegen die Arbeiterschaft!

Hans-Jörg Knevede

Inhalt

| | |
|--|----|
| Arbeiterjugend | |
| Wer bestimmt unsere Zukunft? | 4 |
| 10. Gewerkschaftstag der IG Metall | 8 |
| Polizeiaktion gegen DGB | 8 |
| Unternehmerverbände und Jugendpresse | 10 |
| Goldenes Vorhängeschloß | 10 |
| Hausordnung des Monats Ruhrkohle AG auf Lehrlingsfang | 11 |
| Kolumne | |
| Der Zukunft zugewandt | 7 |
| Umweltschutz | |
| Rheinlied | 12 |
| Formel I-Rennen | |
| Geschäft mit dem Tod | 14 |
| International | |
| Zwischen Zuckerrohr und Kupferminen | 16 |
| Meinst Du, die Russen wollen Krieg? | 28 |
| Fania Davis in der BRD | 30 |
| Jugendpolitische Blätter | |
| Lehrlingsentlohnung/DGB-Jugend vor der Bundesjugendkonferenz/Meldungen | 19 |
| Monats-Magazin | |
| Der Rote Punkt ist stärker/ Treibt die braunen Richter raus/„Vom Osten eingeschleust“/Fotowettbewerb | 23 |
| Kurzgeschichte | 27 |
| Bücher | 32 |
| Witze | 33 |
| Song-Magazin | 34 |
| Leser-Post | 36 |



Zwischen Zuckerrohr und Kupferminen

Titelbild: Coopcreative
Fotos: ap (1), dpa (2), Horst Müller (1), Rainer Richartz (1), Klaus Rose (6), Ursula Stürzel (2).

„Sicher in die 70er Jahre!“
 Diese Parole ist fast schon wieder in Vergessenheit geraten. Doch wie steht es um die so oft beschworene Sicherheit? Muß man diese Behauptung in eine Frage verwandeln? Etwa: Sicher in die 70er Jahre? ? ? Und auch noch in den Achtzigern und danach? elan-Redakteur Wolfgang Bartels suchte nach Antworten. In Hagen. Bei den Arbeitern des Stahlwerkes Eckesey: Dieses Werk soll stillgelegt werden. In Baumholder. Bei den Menschen in einer Stadt, in der ständig Krieg gespielt wird: Jetzt greift der Militär-Moloch nach weiteren Wohngebieten für einen größeren Truppenübungsplatz. In Stade. Bei Familien, die sich neue Wohnorte suchen müssen: Wenn der neue Chemiegigant Dow Chemical mit der Produktion beginnt, müssen Tausende Menschen dem Lärm und der Umweltvergiftung weichen. Hagen, Baumholder und Stade stehen nur als Beispiele. Diese Gespräche hätten auch in anderen Städten der Bundesrepublik geführt werden können. Wer bestimmt unsere Zukunft? Ein Arbeiter in Hagen sagte: „Die Profitgier der Unternehmer bringt Unsicherheit. Und in meinen Träumen vom Jahr 2000 spricht eben der Arbeiter das entscheidende Wort.“

Hagen. Stadt des Stahls. Ein regnerischer Oktobertag, mittags. Schichtwechsel im Werk Eckesey der Südwestfalen AG. Die Kollegen, die hier aus dem Werkstor kommen, haben gestreikt, sind durch die Stadt demonstriert. Und mit ihnen die Arbeiter aus den Werken Vorhalle und Wehringhausen. Und die Kumpels der Hasper-Hütte. Erst wenige Tage ist es her.

Der Grund: Der Vorstand der Südwestfalen AG will Eckesey stilllegen. 750 Arbeitsplätze sind betroffen. Bei Haspe sind 3400 Beschäftigte von „Freisetzung“ bedroht. Hagen ist abhängig vom Stahl. Für Tausende gibt es keine Ausweichmöglichkeiten.

Jetzt stehen wir am Eckeseyer Werkstor. Wie denken die Stahlarbeiter über die Stilllegung, über ihre Zukunft, über Sicherheit?

„Was soll man dazu sagen? Das ist vom Konzern her eine große Schweinerei!“

Man sieht es diesem Mann an: die Arbeit hier hat ihn alt gemacht. Er ist verbraucht. „Die meisten von uns, die das betrifft, sind alle schon mehr oder weniger zehn Jahre oder drüber hier. Und wenn man jetzt 40, 45 oder 50 Jahre ist, wo will man dann noch anfangen zu arbeiten? Wenn man seine Knochen schon in dieser Mühle drin gelassen hat.“

„Name?“

„—“

„Angst?“

„Nein — das möcht' ich nicht. Wo ich so kurze Zeit nur noch da bleib'.“

Der nächste:

„Ich hab 'ne Werkswohnung. Ich muß warten, bis sie mich rausschmeißen. Wenn ich jetzt von selbst kündige und mir 'ne vernünftige Arbeitsstelle suche, dann werde ich aus der Wohnung gewiesen.“

„Name?“

„Lieber nicht.“

Wir fragen nach der Zukunft: „Das ist ungewiß.“ — „Schwer zu sagen.“ — „Alles sehr unsicher.“

Tag für Tag: Krieg

Baumholder ist ein kleines Städtchen in der Nähe von Idar-Oberstein. Ansichtskarten versprechen ein idyllisches Fleckchen. Doch ein einwöchiger Aufenthalt in diesem Städtchen nimmt alle Illusionen. Wiederkunft? Niemals.

Und so sieht die Woche aus in Baumholder: Montag, 7 bis 21 Uhr: Luftwaffeneinsatz im Tiefflug über die Straßen von Baumholder. Von Dienstag bis Freitag ununterbrochen: Artillerie- und Infanterieschießen. Samstag, 7 bis 15 Uhr: Verschießen von Munition und Sprengen von Blindgängern.

Baumholder ist Truppenübungsplatz. Maschinengewehrfeuer, Geschützdonner, Granatenkrachen, Tieffliegerlärm. Alltägliches Leben in Baumholder. Doch für die Bundeswehr ist es noch nicht genug. Helmut Schmidt will den Truppenübungsplatz vergrößern. Schon sind Verhandlungen über eine „Arrondierung“ (Abrundung, Zusammenlegung) zu Lasten der Gemeinden bekannt geworden. Der Gemeinderat von Unterjeckenbach hat in einem Schreiben an den Bundeswehrminister protestiert: „Eine weitere Ausdehnung des Truppenübungsplatzes kommt einer allmählichen Verdrängung der in diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung gleich.“

Die Menschen in und um Baumholder wissen nicht: Werden sie morgen noch hier leben? Wird sie der Kriegslärm vertreiben? In diesem Jahr wurden über hundert Flächenbrände registriert, verursacht durch Leuchtmunition und glühende Granatsplitter: Wann brennt ein Wohnhaus? Fehlgeschossene Granaten durchpflügten schon des öfteren die Felder. Wann wird ein Mensch getroffen? Sichere Zukunft? Der Frager erntet nur ein bitteres Lächeln.

Lärm vertreibt Familien

Stade. Bald ist es soweit. Das Werk

Die Zukunft muß erst noch beginnen



Dow Chemical auf dem Bützflether Sand wird die Produktion aufnehmen. Viel Lärm gab es um den Bau dieses Werkes – Lärm des Protestes: Dow Chemical ist der größte Napalmproduzent. Viel Lärm wird es nach dem Bau geben: Industrielärm. Der zu erwartende Lärm bedeutet: 3000 Familien müssen umgesiedelt werden. Bereits jetzt schon ist der geplante Bau von Altenwohnungen in der Lärmzone gestoppt worden. Doch Dow wird nicht nur Lärm bringen. Stündlich werden 27 000 Kubikmeter Kühlwasser und vorgereinigte Abwässer in die Elbe fließen. Abwässer, die noch Salzlösungen und Säuren enthalten können. Und Natronlauge.

In der Nachbarschaft von Dow wird ein Aluminiumwerk gebaut. Auch hier viele Unsicherheiten. Bei der Aluminiumherstellung werden erhebliche Mengen Fluorgas anfallen. Noch weiß niemand, welche Beschränkungen dem Werk auferlegt werden, damit die Bevölkerung vor Schäden bewahrt bleibt: Kleine Mengen des Gases genügen, um Blattspitzen braun werden zu lassen. Kommt dieses Gift über die Nahrung in den menschlichen Körper, können schwerwiegende Skelettschäden entstehen. Sichere Zukunft? Nicht in Stade. Nicht in Baumholder. Nicht in Hagen. Nicht in der Bundesrepublik, solange nicht . . .

Ja, solange nicht was? Wir fragten die Stahlarbeiter von Eckesey, wie man die Zukunft sicherer machen könnte. Einige wußten keinen Ausweg: „Höchstwahrscheinlich reicht da unser Verstand nicht ganz aus.“ Oder: „Da bin ich nur ein kleines Rädchen. Ich kenn' die Zahlen nicht und die Fakten dazu.“

Unsicherheit, solange nicht . . .

Also alles beim alten belassen? Viele andere widersprechen an diesem Oktobermittag am Werkstor. Es ist von Gemeineigentum die Rede. Der Betriebsratsvorsitzende von Eckesey, Erwin Ebeling, hatte auf der Demonstration gefordert, alle Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen, wie es die Landesverfassung von NRW ver-

„Ich hab' 'ne Werkswohnung. Ich muß warten, bis sie mich rausschmeißen.“

„Wenn das Kapital weiterhin die Zügel in der Hand hält, ist schlecht was zu machen.“

Die Zukunft muß erst noch beginnen



„In meinen Träumen vom Jahr 2000 spricht der Arbeiter das entscheidende Wort.“

Überführung in Gemeineigentum: „Weil dann nicht unbedingt der Profit Nummer Eins ist.“

langt. Die Vertreterkonferenz der IG Metall und die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB hatten ebenfalls diese Forderung erhoben. Sie ist sehr populär unter der Belegschaft. Und die Kollegen wissen warum: „Zumindest würden dann die Arbeitsplätze sicherer. Weil dann nicht unbedingt der Profit Nummer eins ist. Ich könnte mir vorstellen, daß dann die Arbeitsplätze Vorrang haben.“

Ein anderer: „Wenn das Kapital weiterhin nur immer die Zügel in der Hand hält, dann ist schlecht was zu machen. Also muß es irgendwie 'ne andere Lösung geben!“ – Frage: Überführung in Gemeineigentum? – „Ja genau, das meine ich. Anders seh' ich da keine Möglichkeit.“

Nach diesen Gesprächen am Werkstor treffen wir uns mit dem Betriebsrat. Auch hier große Empörung über die Stilllegungspläne. Betriebsratsvorsitzender Ebeling: „Wenn es nach Profitinteressen geht, wird das Wohl des Menschen hintenanstehen und nicht das, worauf er ein Anrecht hat: sichere Arbeitsplätze. Die Landesregierung denkt natürlich nicht daran, Forderungen nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu verwirklichen. Deshalb muß der Druck aller Metallarbeiter und aller Bürger entwickelt werden.“

Träume ins Jahr 2000

Ein Schritt auf diesem Weg ist für Erwin Ebeling eine wirkliche Mitbestimmung. Die jetzt praktizierte Mitbestimmung hat in seinen Augen versagt. Es gab heftige Differenzen zwischen Betriebsrat und den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, die dort nicht die vom Betriebsrat entwickelten Alternativpläne durchsetzen wollten. Ebeling: „Mitbestimmung kann nicht die Aufgabe haben, Sozialpläne zu gestalten, sondern muß an die Stelle von Stilllegungen Alternativen setzen. Deswegen muß ein neues Betriebsverfassungsgesetz viel größere wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte enthalten. Sonst kann man nicht von Fortschritten sprechen.“ Für Ebeling ist klar: Der in Bonn zur Verabschiedung anstehende BVG-Entwurf erfüllt diese Anforderungen nicht.

Die Hagener Stahlarbeiter sind auf dem richtigen Weg. Einer meinte zu uns: „Träume ins Jahr 2000? Manchmal denk' ich auch drüber nach. Aber so wie jetzt geht es nicht weiter. Die Profitgier der Unternehmer bringt Unsicherheit. Das muß geändert werden. Und in meinen Träumen vom Jahr 2000 spricht eben der Arbeiter das entscheidende Wort.“

Beispiele aus Ländern, wo dies heute schon geschieht, kennt man auch in Hagen. Ein Eckesey-Kumpel: „Wir sehen's ja an den volkseigenen Betrieben in der DDR. Da geht's ja auch. Da gibt's doch keine Arbeitslosigkeit.“

DER ZUKUNFT ZU- GEWANDT

Peter Bubenberger

Unter mächtigem Theaterdonner ging kürzlich der Parteitag der CDU zu Ende, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, den gewöhnlichen Kapitalismus über die Zeiten zu retten und – koste es, was es wolle – seine Herrschaft über die arbeitenden Menschen unseres Landes zu sichern. Mehr noch. Koste es, was es wolle, pfeif' auf Frieden und Sicherheit – die Fahne des Profits muß in alle Länder getragen werden. Auch in die sozialistischen Staaten, wo der arbeitende Mensch alles bedeutet und der private Profit längst einer düsteren Vergangenheit angehört.

Revanchismus, Nationalismus, Chauvinismus, Imperialismus – das sind die Begriffe, die nach wie vor genau Ziele und Inhalt der Politik der reaktionärsten Teile des Monopolkapitals und seiner Hauptpartei, der CDU/CSU zum Ausdruck bringen. Die Matadoren einer solchen Politik – Strauß, Barzel, Stoltenberg und Dregger – sind gestärkt aus dem CDU-Parteitagsgeschehen hervorgegangen.

Hetze gegen die Verträge von Moskau und Warschau, gegen das Westberlin-Abkommen, gegen Mitbestimmung, kurz, gegen alles, was dem arbeitenden Menschen Vorteil und dem Großkapital Nachteil bringt, und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die im Sinne des Großkapitals handelt und allen gefährlichen Rechtskräften freies Spiel läßt – das ist die Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Eine Wirklichkeit, die es zu verändern gilt.

Die Wirklichkeit dieser Bundesrepublik werden und können keine Magier verändern. Diese Zauberformel müßte noch erfunden werden. Der Düsseldorfer Parteitag der DKP vom 25. bis 28. November 1971 wird den einzig erfolgreichen Weg in eine neue Wirklichkeit weisen: kompromißloser Kampf gegen das Großkapital und seine politischen Vollstrecker ausschließlich und allein im Interesse der arbeitenden Menschen. Ohne wenn und aber mit den „internationalen Drahtziehern“ einer solchen Politik fest verbunden – mit Marx, Engels und Lenin. Fest verbunden mit denen, die täglich die Richtigkeit dieser Lehren in einer neuen Wirklichkeit beweisen – der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft (zu der nicht zuletzt auch die DDR gehört), und denen, die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen wie in Vietnam! Geheimnis? Jeder kann es nachlesen! Erstens bei Marx, Engels und Lenin selbst. Zweitens zum Beispiel in den Dokumenten des XXIV. Parteitages der KPdSU und des VIII. Parteitages der SED! Wem das zu weit weg ist, der sollte sich eine Zahl merken: 44!

Die 44 Thesen zum Düsseldorfer Parteitag der DKP liegen nicht nur auf dem Tisch, wie man so sagt. Sie sind Gegenstand zahlreicher lebhafter Diskussionen in Arbeiterversammlungen. In Delegiertenbesprechungen. Auf Jugendforen der DKP. Auf Informationsständen in den Städten und Dörfern. In Betriebszeitungen, dem unangefochtenen Monopol der DKP im Interesse derer, die sie lesen: der Betriebsangehörigen!

Unter SDAJlern, Gewerkschaftsjugend, Jungsozialisten, demokratischen und sozialistischen Studenten, unter Schülern. Diskussion will Ergebnis. Wer seine Politik so ausgiebig diskutieren läßt, der hat keine Angst vor den Folgen. Solche Folgen wie Abänderungsanträge zu den Thesen und Vorschlägen, wie man es besser machen kann, Aktionen, wie man die Thesen in die Praxis umsetzt – steht die DKP nicht „reserviert“ (welche andere Partei kann das von sich behaupten?) gegenüber. Sie hat sie gewollt. Wer von „innerparteilicher Demokratie“ redet, sollte hier zuerst seinen Maßstab anlegen.

In Düsseldorf werden unter den Delegierten zahlreiche junge Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten sein. Die eines gemeinsam haben (übrigens kein „Geheimnis“): den Willen, die brennenden Tagesforderungen nach sozialer Sicherheit, Demokratie und Frieden ernst zu nehmen, für ihre Verwirklichung zu kämpfen und das Ziel, die Richtung, in die der Zug gehen soll, aufzuzeigen: den Sozialismus.

Auch das ist Wirklichkeit in der Bundesrepublik!

Ich war dabei!

Karin Wolk, Delegierte auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall, berichtet.

Eine ereignisreiche Woche liegt hinter mir. Ich war Delegierte auf dem 10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Wiesbaden, eine der sieben Delegierten unter 25 Jahren. Die Jugend war also völlig unterrepräsentiert.

(Vielleicht wird es in Zukunft besser werden. Meine Verwaltungsstelle, Duisburg, brachte einen Antrag durch, der besagt, daß man bereits nach drei Mitgliedsjahren Delegierter zum Gewerkschaftstag werden kann, nicht erst nach fünf Jahren, wie es vorher der Fall war.)

Insgesamt vertraten 470 Delegierte die 2,2 Millionen IGM-Mitglieder. Dieser Gewerkschaftstag war

gekennzeichnet durch eine fundierte Diskussion über alle Probleme, die den Kollegen in den Betrieben unter den Nägeln brennen. Es wurde klar: die Beschäftigten in der Metallindustrie finden sich nicht mehr mit der Allmacht der Konzernherren ab.

Viele positive Dinge gibt es von diesem Gewerkschaftstag zu berichten. So kritisierte Georg Benz, beim IGM-Hauptvorstand verantwortlich für Jugendarbeit, ganz massiv das Berufsbildungsgesetz, weil es die entscheidenden Grundlagen und Machtverhältnisse in der Berufsausbildung nicht verändert hat. Gewerkschaftliche Aufgabe sei es daher, heute mehr denn je

um ein neues, besseres Berufsbildungsrecht zu kämpfen.

Zur Frage des Lehrlingsstreiks wurde eine wichtige Entscheidung getroffen: In der Satzung wurde verankert, daß Lehrlingen für den Fall eines Streiks wie den älteren Kollegen Streikunterstützung zu gewähren sei. Damit ist das Lehrlingsstreikrecht in der IG-Metall-Satzung verankert.

In den Diskussionsbeiträgen wurde heftige Kritik an den Regierungsvorschlägen zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes angebracht. Die Delegierten forderten in einem Initiativantrag, vor den beiden letzten Lesungen dieses Gesetzentwurfes gewerkschaftliche Kampffaktionen durchzuführen. Ziel ist ein Betriebsverfassungsgesetz, das zur Stärkung der gewerkschaftlichen Position in den Betrieben führt. Von großer Bedeutung ist, daß die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in

Gemeineigentum in die Satzung der IG Metall aufgenommen wurde.

Unter den 1 238 Anträgen und 17 Entschlüssen gab es auch eine Reihe wichtiger Stellungnahmen zu politischen Fragen. Der Gewerkschaftstag war stark geprägt von dem Verlangen nach Frieden. Die Delegierten sprachen sich aus für Abbau der Rüstung und Rüstungshaushalte und für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau. Doch es gab auch Inkonsistenzen. Der Antrag, einen Satz in der Präambel der IG-Metall-Satzung zu streichen, nach dem „eine das ganze Deutschland umfassende Industrie-gewerkschaft Metall“ angestrebt wird, wurde abgelehnt.

Der Alleinvertretungsanspruch ist also auch in der IG Metall noch nicht ganz überwunden. Scharf wurde mit den rechtsextremen Kräften abgerechnet und Maßnahmen zur Unterbindung ihrer Tätigkeit gefordert.

Polizei gegen Gewerkschaftshaus

Proteste gegen Hausdurchsuchung im DGB-Haus Limburg

2. Mai 1933: SS besetzt alle Gewerkschaftshäuser. 26. September 1971: Polizei besetzt das DGB-Haus in Limburg. 1933 ging es dem Großkapital darum, die Gewerkschaften als Hindernis auf dem Weg zur totalen Machtergreifung zu liquidieren. 1971 ging es – vorerst noch – darum, kritischen Lehrlingen die Anprangerung von Mißständen in der Berufsausbildung auszutreiben.

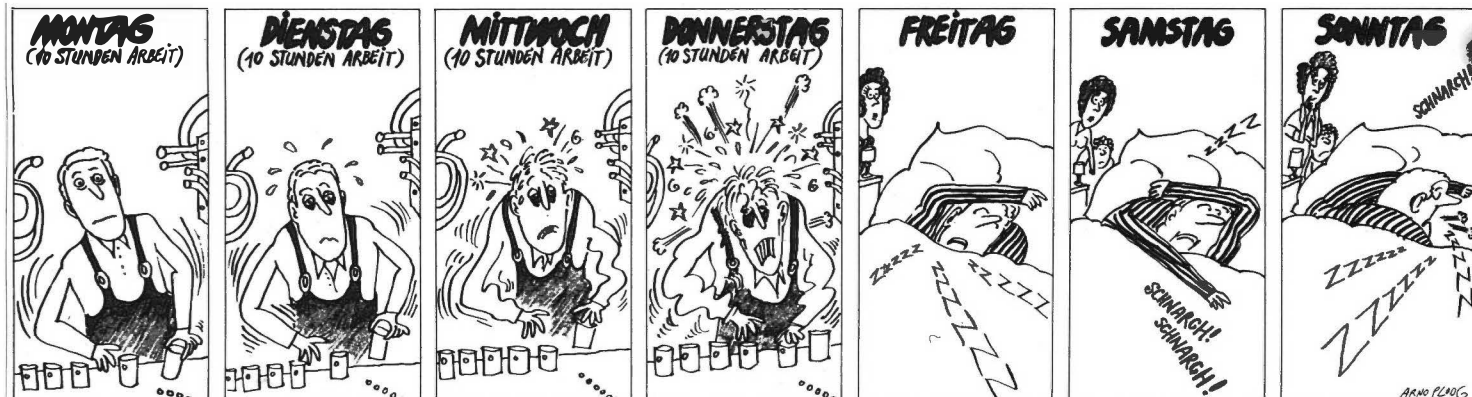
Was war geschehen? In einem Flugblatt hatte die Limburger Gewerkschaftsjugend einen fast alltäglichen Fall der Lehrlingausbeutung aufgegriffen: die Praktiken des Kfz-Meisters Gerd Jaster. Lehrlinge hatten berichtet, der Lehrherr habe sie sowohl mit der Hand als auch mit einem Gummischlauch geschlagen. Er verwehrte ihnen den Gang zum Arzt und schrieb ihnen vor, wann sie zur Toilette

zu gehen hätten. Allabendlich hätten sie ihr Sprüchlein aufzusagen: „Die Werkstatt ist geputzt und gerichtet, können wir nach Hause gehen?“

Der DGB hatte schon vor einiger Zeit Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung gegen Jaster erstattet. Doch wenn Unternehmerinteressen beeinträchtigt werden, mahlen die Mühlen der Justiz bekanntlich sehr langsam. Um so schneller war Richter Nissen, als die Gewerkschaftsjugend mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit ging und Jaster die Beschlagnahme dieser Flugblätter beantragte. So rückte dann am Sonntagmorgen das Polizeikommando vor dem Limburger DGB-Haus an, durchsuchte alle Räume und beschlagnahmte das Jaster-Material.

Dieser Willkürakt von Polizei und Justiz löste eine Welle des Protestes aus. Der Wiesbadener Gewerkschaftstag der IG Metall protestierte gegen diese Vorfälle, viele andere Proteste schlossen sich an. Selbst der hessische Justizminister Hemfler mißbilligte den Vorgang. Höhepunkt des Protestes war eine Demonstration von tausend Lehrlingen aus ganz Hessen am darauffolgenden Wochenende.

Und was sagt der Kfz-Meister Jaster zu den Vorfällen? Auf einer Pressekonferenz brachte er es sogar fertig, sich über seine Lehrlinge zu beschweren: sie kämen immer pünktlich zur Arbeit und wollten ebenso pünktlich Feierabend machen, statt solange zu arbeiten, wie es sie wünscht.



Arno Ploogs Meinung zum Zehn-Stunden-Tag; mit dem einige Unternehmen bei einer Vier-Tage-Woche Arbeitskräfte ködern wollen.

(Aus Gewerkschaftliche Umschau)

Doch nicht in allen Punkten wurde der Gewerkschaftstag dem Motto: „Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe“ gerecht, vor allen Dingen dort, wo es einigen IGM-Vorstandsmitgliedern gelang, die Delegierten auf Regierungskurs zu bringen. Das beste Beispiel dafür ist die Diskussion um die Konzertierte Aktion: Obwohl fast alle Diskussionsredner unter dem starken Beifall der Delegierten dieses „Instrument der Verschleierung der Klassengegensätze“ (so der Delegierte Walter Malzkorn aus Düsseldorf) kritisierten, gelang es Otto Brenner durch einen Vertrauensappell, eine Mehrheit für

das Verbleiben in der Konzertierte Aktion zu bekommen.

Wie geht es nun weiter nach diesem 10. Gewerkschaftstag?

Ich meine, die Bedeutung der Losung „Gesellschaftsreform als gewerkschaftliche Aufgabe“ muß jetzt von allen Mitgliedern klar erkannt werden, damit auf der Grundlage des DGB-Grundsatzprogramms eine grundlegende demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden kann. Erfolge sind nur möglich durch das aktive und gemeinsame Engagement der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen.

Karin Wolk ist 21 Jahre alt und arbeitet als Materialdisponentin bei der DEMAG in Duisburg. Ihre Kollegen wählten sie als Delegierte zum 10. Gewerkschaftstag der IG Metall. Sie

ernannte dort für ihre Diskussionsreden stürmischen Beifall. Im elan berichtet sie über ihre Eindrücke.



Kurz notiert

Bonn. Nachdem auf Grund des Berufsbildungsgesetzes die Berichtshefte während der Arbeitszeit geführt werden sollen und viele Lehrlinge das auch durchsetzen wollen, ist den Unternehmen etwas ganz Neues eingefallen: Der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Dachorganisation aller Industrie- und Handelskammern, hält nun plötzlich die Berichtshefte für „pädagogisch überholt“.

Deswegen forderte er, die Berichtsheftführung lieber ganz abzuschaffen.

Bonn. Weibliche Lehrlinge, die ein Kind erwarten, können trotz des Mutterschutzgesetzes bei Abschluß ihrer Lehrzeit entlassen werden. Ihnen steht kein besonderer Schutz zu. Dazu sagte Bundesarbeitsminister Arendt: „Bei der nächsten Änderung des Mutterschutzge-

setzes soll daher geprüft werden, wie solche Härten vermieden werden können.“ Sicherlich entspräche hier schnelle Abhilfe anstelle langwieriger Prüfungen mehr den Interessen der Betroffenen.

Frankfurt. Wie liest man Bilanzen? Vor der Frage steht jeder, der Licht in die Profite der Konzerne bringen will. Eine sehr wertvolle Anleitung zum Bilanzlesen gibt ein neues Buch, herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen: „Entschleierte Profite – Bilanzlesen leicht gemacht.“ Zum Preis von 8,- DM ist es im Nachrichten-Verlag, 6 Frankfurt, Friedberger Landstr. 307, erhältlich.

Solingen. Lehrlinge haben Streikrecht. Zu dieser Auffassung ist jetzt auch das Arbeitsgericht in Solingen gekommen. In einem Musterprozeß hatte die IG Chemie gegen die Farbenfabrik Bayer geklagt, weil diese während des Chemie-Arbeitskampfes Verwarnungen gegen 160 Lehrlinge ausgesprochen hatte (s. elan 8/71). Entgegen den Anordnungen der Unternehmensleitung hatten Bayer-Lehrlinge an Protestdemonstrationen ihrer Gewerkschaft teilgenommen. Jetzt wird Bayer gerichtlich gezwungen, die Verwarnungen zurückzunehmen.

Gelsenkirchen. Die Teilnehmer einer Gruppenleiterschulung des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen forderten in einer Resolution den DGB, insbesondere den Bundes- und Landesjugendausschuß auf, den Protest gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz zu verstärken. Falls eine zentrale Aktion aus technischen Gründen nicht stattfinden könne, müsse es in allen größeren Städten zu Protestaktionen kommen.

Hamburg. Der Kreisjugendausschuß des DGB-Kreises Hamburg richtet einen offenen Brief an den Bundestag, in dem der Regierungsentwurf zum Betriebsverfassungsgesetz mit Schärfe abgelehnt wird: „Nur ein Gesetz im Sinne der DGB-Vorschläge ist für uns, für die Arbeiterjugend der Bundesrepublik, akzeptabel und kann eine richtungswisende Politik in der Betriebsverfassung einleiten.“

Frankfurt. „Mitbestimmung drüben – Aus der überbetrieblichen Arbeit der Gewerkschaften in der DDR“ ist der Titel eines aufschlußreichen Buches von Gerd Siebert. Dieses Buch

gibt einen detaillierten Überblick über den gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionsbereich und die diesbezüglichen Aufgaben und Tätigkeiten des FDGB. Zum Preis von 5,- DM ist das Buch im Nachrichten-Verlag, 6 Frankfurt, Friedberger Landstr. 307, erhältlich.

Nürnberg. Mehr als ein Drittel der Jungen, die 1970 die Schule verließen, wollten einen Beruf des Bereichs „Konstruieren, Montieren, Reparieren“ ergreifen. Das geht aus dem Jahresbericht der Berufsberatung 1969/70 der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit hervor. Von den Mädchen wünschte die größte Gruppe (23 Prozent) einen Beruf im Bereich „Lehren, Helfen, Pflegen“. An zweiter Stelle (18 Prozent) standen die Berufe des „Verwaltens, Buchens, Schreibens“. Rund elf Prozent wollten „werben und verkaufen“.



Sicher interessierte auch sie sich einmal für Berufe des „Werbens und Verkaufens“. Jetzt muß sie tagtäglich Vitrinenfenster putzen.

Düsseldorf. An den privaten und öffentlichen berufsbildenden Schulen des Landes NRW fehlen 1600 Lehrer. Das sind elf Prozent des Stellensolls. Am schlechtesten ist die Lage im Regierungsbezirk Arnsberg. Dort sind 18,4 Prozent der vorgesehenen Stellen nicht besetzt.

Döfingen. Ein „Lexikon der Lehrberufe“ ist im Lexika-Verlag, 7031 Döfingen, Böblinger Str. 1, zum Preis von 12,80 DM erschienen. 636 Berufsbilder werden vorgestellt – auch ein Aspekt der chaotischen Lage der Berufsbildung.

1971



Jahr der

„Du sollst das Wundern nicht verlernen“

Unternehmerverbände wunderten sich über Jugendpresse

„Sie mögen die Unternehmer nicht“, klagte Fritz-Heinz Himmelreich, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA), vor den Vertretern der „Deutschen Jugendpresse“ (DJP).

Anlaß zur Klage gab eine Diskussion auf der diesjährigen Tagung der Presseabteilung der BDA mit Vertretern der Jungen Presse. Aus der Image-Pflege für die Cosa Nostra der Wirtschaftsbosse wurde nichts. Das konnte auch das gedrängte Programm nicht ändern, das pro Referat und Diskussion nur anderthalb Stunden Zeit ließ.

Auffallend war die Hilflosigkeit der BDA-Referenten: Noch vor wenigen Jahren saßen ihnen von sozialromantischen Uto-

pien verklärte Antiautorität gegenüber.

Diesmal wurden konkrete Alternativen aufgetischt: Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, demokratische Erneuerung, Beispiele des realen Sozialismus.

Die Klinkenputzer der Bosse, die Angestellten der BDA, haben sich umstellen müssen. Nicht zuletzt die Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses erlaubt ihnen keine uneingeschränkte Politik der Stärke mehr.

Steigende Arbeitslosenzahlen, zunehmende Verelendung und wirtschaftliche Schwächung haben dazu geführt, daß man sich des großen Bruders USA schämt: In der Bundesrepublik sei alles ganz anders. Sozusagen

ein gerechter Kapitalismus mit Unternehmern, die den ganzen Tag über an das Wohl ihrer Arbeiter und Angestellten denken.

Verwirrung rief auch der Hinweis der DJP-Vertreter auf Krisenfestigkeit und soziale Sicherheit in den sozialistischen Ländern hervor. Johann-Ludwig Dortans, „Neue-Linke-Experte“ bei der BDA, meinte: „Über die Realität sozialistischer Staaten kann man sich sehr gut in Jugoslawien orientieren.“ Die von der DJP guckten sich an. Verwunderung. Jugoslawien als Paradebeispiel für einen sozialistischen Staat? Aber zu mehr reichte es bei den Sozialismus-Experten der Unternehmer nicht.

Anlaß zum Wundern gab es im Verlauf der Propaganda-Schau des öfteren. Als Einlage zwischen den Referaten ein Film. Titel: „Du sollst das Wundern nicht verlernen“. Auftraggeber: Farbwerke Hoechst AG. Inhalt: Lehrlinge bei Hoechst. Glücklich, zufrieden. Ein Lehrlingswohnheim wie das Hilton. „Easy Rider“ im Berufsleben. Wer möchte da nicht gerne

Lehrling sein. Die Leute von der Jugendpresse mochten nicht.

„Ja, wie wollen Sie's denn gerne haben?“ BDA-Agitprop-Experte Dortans wurde sauer, als seine beständigen Warnungen vor dem menschenfressenden Ungeheuer Sozialismus nichts fruchteten. Die Wunderten, die er über die Sowjetunion und insbesondere die DDR verbreitete, fanden wenig Gegenliebe. Im Gegenteil: Es wurde ihm entgegengehalten, daß es in der DDR mehr soziale Sicherheit gibt als in der BRD oder gar in den USA.

Die DJP-Vertreter machten klar, daß der Herr Dortans ihnen da wohl nicht helfen könne und auch nicht möchte. Eine gerechtere Gesellschaftsordnung, das kann nicht Sache der Unternehmer sein. Meinte denn auch Frau Schürer-Wagner aus der Presseabteilung der BDA zum Schluß der Tagung ganz bescheiden: „Bitte, schreiben Sie nicht allzu schlecht über uns.“

Georg Rohde

„Ausbeutung gebe ich ja zu!“

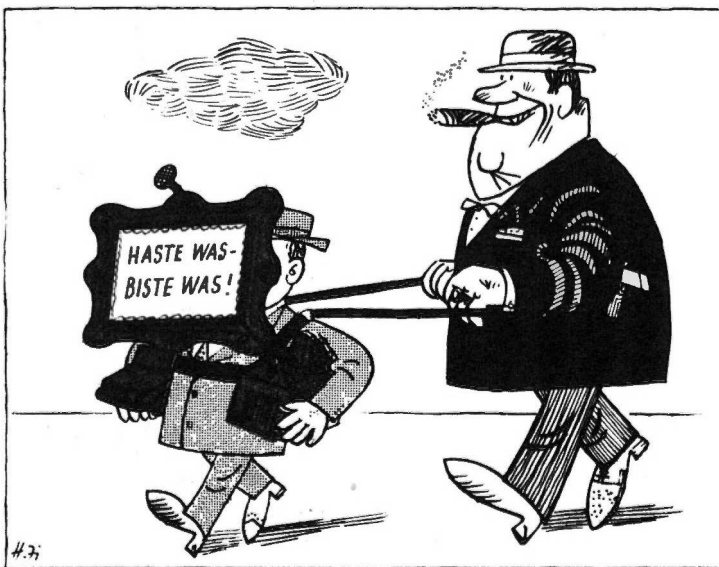
Goldenes Vorhängeschloß für Metallboß van Hüllen

„Herbert van Hüllen hat sich um die Erhaltung der Macht der Unternehmer und deren Partei, der CDU, verdient gemacht. Wir ehren ihn deshalb heute mit der Verleihung des ‚Goldenen Vorhängeschlosses‘.“ (Aus der elan-Verleihungsurkunde)

Gesamtmetall ist der Verband, in dem die Bosse der Metallindustrie organisiert sind. Und deren Boß ist Herbert van Hüllen. Außerdem ist er Mitglied der CDU-Fraktion im Krefelder Stadtrat, Präsidialmitglied der Krefelder Industrie- und Handelskammer, und bis

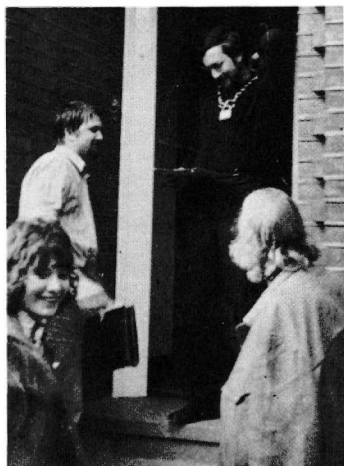
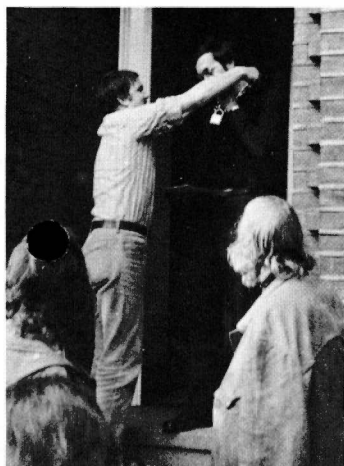
vor einigen Jahren war er Oberbürgermeister.

Van Hüllen arbeitet vorwiegend im Hintergrund. Nur einmal im Jahr tritt er an die Öffentlichkeit: bei Lohnkämpfen. Dann ist er voll da. Dann verleumdet er aktive Gewerkschafter, die mit ihren Kollegen einen guten Tarifabschluß erzwingen wollen. Aus den „lieben Mitarbeitern“ werden dann plötzlich Gegner. Das ist zwar ganz richtig gesehen – nur die meisten der Kollegen sehen es noch nicht so. Die Verleihung des „Goldenen Vorhängeschlosses“ an van Hüllen sollte seinen „lieben Mitarbeitern“ den Gegner



„Ich bin sogar dafür, daß sich möglichst viele Arbeitnehmer am Produktivvermögen beteiligen.“ (Will Riesenberg, Presseabteilung der Bundesvereinigung der „Deutschen Arbeitgeberverbände“ – BDA)

arbeitenden Jugend



zeigen. Und das war so: Zunächst zogen zehn SDAJler mit Vorhängeschloß (goldbronziert), Kette und Urkunde vor van Hüllens Betrieb. „Wir sind vom Jugendmagazin elan beauftragt, Herrn van Hüllen etwas persönlich zu überreichen.“ Fehlanzeige. Der Pförtner hatte Anweisung, niemanden durchzulassen und nichts entgegenzunehmen. Außerdem sei von den Herren van Hüllen niemand anwesend.

Also: Zu van Hüllen nach Hause. Van Hüllen jr. öffnete, bedauerte: „Mein Vater ist nicht zu Hause.“ Da hatte er aber schon das „Goldene Vorhängeschloß“ umhängen. Nachdem die Urkunde verlesen war, fragte er: „Glauben Sie, daß Sie damit den Arbeitern helfen?“ Daß sein Vater die Belegschaft seines Betriebes ausbeute, gebe er ja zu. Und eben diese Belegschaft hat sich sehr für diese Verleihungs-Aktion interessiert.

Die Hausordnung des Monats

Auszug aus der Hausordnung des Steuerbüros Rolf Becker,

48 Bielefeld, Körnerstr. 3, gültig seit dem 23.8.71:

„Nebenarbeiten: Die Lehrlinge übernehmen folgende Tätigkeiten:

1. Dem jüngsten Lehrling obliegen die Post-, Bank- und Botengänge, das Einsortieren der Literatur, das tägliche Abwischen der Bürotische und die Versorgung der im Büro befindlichen Pflanzen.

2. Für die nachstehend aufgeführten Arbeiten werden die Lehrlinge täglich eine Viertelstunde vor Büroschluß zu weiteren Arbeiten freigestellt:

a.) Dem jüngsten und zweitjüngsten Lehrling obliegt das Geschirrspülen und die Aufräumung der Tische. b.) Der drittjüngste Lehrling übernimmt das Abräumen der Mandantenmappen, der Papierkörbe, die Bereitstellung der Mülleimer, die Abstellung der Heizung und die Sauberhaltung der Garage.

Sollten weniger als drei Lehrlinge verfügbar sein, so erhöht sich die zur Verfügung stehende Zeit entsprechend.“

„Schlagerfestival“ mit Haken

Die Ruhrkohle AG auf Lehrlingsfang

„Technische Berufe. Prima Jobs.“ Und: „Berufe mit Musik drin: Top-modern und immer in.“ Mit solchen Slogans geht der Superkonzern Ruhrkohle AG (RAG) auf Lehrlingsfang – eine Werbekampagne, die über eine Million DM kostet.

Und das wird versprochen: „Kumpel Anton gibts nicht mehr: den vor Ort körperlich hart schuftenden Kumpel! Der moderne Bergbau ist ein technischer Großbetrieb unter Tage.“ Warum Kumpel Anton nicht mehr hart arbeitet? „Er läßt PS, kW und atü für sich arbeiten.“ So einfach ist das.

„RAG ist auch sichere berufliche Zukunft!“, wird in einem der bunten Faltprospekte behauptet. Am 9. Oktober meldet die Ruhrgebietspresse: „Durch den Abbau der Überschichten und einen weitgehenden Verzicht auf Neueinstellungen will die Ruhrkohle AG die Personalkosten drosseln und gleichzeitig die Förderung an den Absatz anpassen. Nach Angaben des Unternehmens hat sich die unbefriedigende Ertragsentwicklung als Folge des Absatzrückgangs weiter verschärft.“

Bereits am 30. Juni beschloß die RAG eine weitere Reduzie-

rung der Kohlenförderung auf rund 80 Millionen Tonnen im Jahr. Das bedeutet: bis 1975 werden weitere 12 Schachtanlagen stillgelegt und eine Jahresförderung von 12 bis 14 Millionen Tonnen aufgegeben. 25 400 Arbeitsplätze werden verlorengehen, nachdem die heutige Belegschaftsstärke im Bergbau ohnehin auf ein Drittel des früheren Standes gesunken ist.

Ist das die „sichere berufliche Zukunft“, die die RAG anpreist?

Worauf kommt es den RAG-Bossen wirklich an? In der RAG-Werkszeitschrift „Ruhrkohle“ werden sie deutlicher. Dort heißt es über die Werbekampagne des vergangenen Jahres: „Ihr Ergebnis: Fast 17 Prozent höhere Einstellungen als 1969. Damals gelang es, den rückläufigen Trend bei Auszubildenden und jugendlichen Mitarbeitern zu stoppen – eine Verbesserung der Altersstruktur der Gesamtbelegschaft bei den 21- bis 45jährigen wurde erzielt. „Das ist eine erfreuliche Nebenwirkung. Sie spricht erfahrungsgemäß auch die Erwachsenen an“, erklärte (RAG-Vorstandsmitglied) Kegel.“

Daher weht also der Wind. Zehntausende im Bergbau zu früh gealterte, verbrauchte Kumpel sollen wegrationalisiert werden! Den RAG-Bossen ist es offensichtlich gleichgültig, daß die mit 45 Jahren zum Alteisen gehörenden Bergleute kaum einen gleichwertigen Arbeitsplatz finden werden. Die RAG will „junges Blut“, das höhere Förderleistungen (RAG-Ziel: acht Tonnen pro Mann und Schicht) verspricht und damit höheren Profit.

So will die RAG jung gegen alt ausspielen. Jung und alt müssen den Bossen gemeinsam einen Strich durch die Rechnung machen.

Wolfgang Bartels



Rheinlied

Refrain:

Pfui Teufel, stinkt der Rhein
Zweitausend Fremdstoffe trägt er allein
Vom Bodensee kommt er, in's Meer fließt er rein
Der stinkende, giftige Rhein

Am Bodensee fängt die Verpestung schon an
Durch Stickstoff und Phosphor trägt ihn seine Bahn
Mit Cholera droht er den Menschen am Strand
Der stinkende giftige Rhein

Refrain: Pfui Teufel . . .

Silos und Müllkippen zieren den Lauf
Den letzten Forellen zerplatzt glatt der Bauch
In jeder Stadt nimmt er Abwässer auf
Der stinkende, giftige Rhein

Refrain: Pfui Teufel . . .

Zäh fließt bei Bingen der Brei durch das Loch
Ein Schädlingsgift gibt ihm den tödlichen Stoß
Die Hoechst-Clique lacht, es verdient jeder Boß
Am stinkenden, giftigen Rhein

Refrain: Pfui Teufel . . .

Millionen Fischleichen verseuchen die Luft
Dazu kommt der tanzende Reeder und Schuft
Er pumpt seinen Dreck in die schwimmende Gruft
Den stinkenden, giftigen Rhein

Refrain: Pfui Teufel . . .

Von Koblenz nach Köln schleppt er träge sich hin
Fäkaliengesättigt, kein Sauerstoff drin
Den Bonzen in Bonn wird vernebelt der Sinn
Vom stinkenden, giftigen Rhein

Refrain: Pfui Teufel . . .

Ob Industrielauge, ob Ammoniak
Ob Sickersaft, Quecksilber oder Phosphat
Das Klo der Konzernherr'n trägt's mit sich hinab
Der stinkende, giftige Rhein

Refrain: Pfui Teufel . . .

Text: Volker Rohde;
Musik: nach „Roll on Columbia“ von Leadbelly/Woodie Guthrie



„... wenn das
Wasser ist,
bin ich Jesus.“



RHEIN!
Betreten
verboten!



Dipl.-Ing. H. Plesken

Formel 1: Geschäft mit dem Tod



Jochen-Rindt-Hemden oder Jochen-Rindt-Schallplatten gefällig? Vielleicht soll es auch eine Rindt-Gedenkmedaille, eine Rindt-Briefmarke oder ein Rindt-Spielauto sein? Diese Sachen und andere Kinkerlitzchen werden unter dem Namen Rindt verkauft. Der Weltmeister 1969/70 der Formel 1 Jochen Rindt ist bei einem Trainingslauf tödlich verunglückt. Und mit Toten kann man keine Renngeschäfte mehr machen. Also muß der Name erhalten, und siehe da, der Verdienst ist nicht schlecht. Das Geschäft blüht, auch wenn es sich um einen Toten handelt. Obwohl die internationale Formel 1 (die in den sozialistischen Ländern nicht gefahren wird) für einseitige Rennwagen schon seit mehreren Jahren der öffentlichen Kritik ausgesetzt ist, konnte sich die FIA (Federation Internationale de l'Automobile) bisher zu keiner umfassenden Änderung der Statuten für diese Klasse entschließen. Aus diesem Grund wird weiter auf den Rennpisten gestorben. Allein in der Saison 1970 verunglückten drei Spitzenfahrer (Rindt, McLaren und Courage) tödlich.



Das Gruppenlimit für die Gruppe 8 (Formel I) sieht u.a. ein maximales Hubvolumen des Motors von 3000 cm³ ohne Vorverdichtung und eine Mindestmasse (ohne Kraftstoff) des Rennwagens von 550 kg vor. Es wurden Triebwerke entwickelt, die Leistungen von 430 PS bis 480 PS bei etwa 11 000 U/min entwickeln. In der Formel I werden die Fahrer-Weltmeisterschaften in 13 (1969 nur 11) Weltmeisterschaftsläufen, an Grand-Prix-Rennen, ausgetragen. Die durchschnittliche Länge jeder Grand-Prix-Strecke beträgt 300 km bis 400 km. In der Vergangenheit hatten die Autorennveranstaltungen die Hauptaufgabe, Erkenntnisse über die Verhaltensweise wichtiger Bauteile oder Aggregate des Automobils unter extrem harten Rennbedingungen zu vermitteln. Die Rennstrecken waren dazu die großen Prüffelder der Autowerke. Davon ist in der heutigen Zeit nicht viel übriggeblieben.

Der Rennwagen hat sich in seiner technischen Konzeption immer weiter vom Serienauto entfernt. Zum anderen können heute Ergebnisse, die früher auf den Rennstrecken ermittelt wurden, viel exakter und reproduzierbarer auf den Prüffeldern der Autokonzerne gewonnen werden. Ein weiterer Punkt ist der Kostenaufwand, der in keinem Verhältnis zu den verwertbaren Erkenntnissen steht.

Heute geht es den großen Konzernen ausschließlich um den Profit. Die Erfolge im Rennsport lassen sich nämlich in geschäftsfördernde Reklame ummünzen und füllen so die Kassen. Daß es dabei zu erbarmungslosen Konkurrenzkämpfen untereinander kommt, ist nicht verwunderlich, denn beim Tanz ums goldene Kalb möchte jeder dabei sein. Die Konzernbosse riskieren schließlich nichts dabei. Anders ergeht es



Jochen Rindt

den Rennpiloten, die bei jedem Rennen Kopf und Kragen riskieren, um auch ein paar Brosamen vom großen Kuchen zu erhalten.

Der Rennsport in der Formel I lohnt sich technisch nicht:

- die technische Bedeutung der Rennwagen der Formel I ist in solche Bereiche vorgestoßen, die eine weitere technische Entwicklung als wenig sinnvoll erscheinen lassen;
- die Bedeutung der Formel-I-Rennwagentechnik für die Entwicklung der Serienfahrzeuge ist sehr in Frage gestellt;
- die ungenügenden Sicherheitsmaßnahmen am Rennfahrzeug selbst, aber auch an den Rennstrecken sowie die Streckenprofile bzw. -führungen gefährden in zunehmendem Maße die Rennfahrer und die Zuschauer;
- die Zunahme der Unfälle in den letzten Jahren auf den Rennstrecken der Formel I und das Verhalten der Veranstalter sowie

die Stellung der FIA dazu sind bedertes Zeugnis für die Fragwürdigkeit dieser Art von Automobilrennen.

Nur wenige Rennveranstaltungen können unfallfrei durchgeführt werden. Technische Defekte bilden in den meisten Fällen die Unfallursache. So gab es beispielsweise bei den Lotus-Rennwagen in den letzten zwei Jahren mehr als 30 Unfälle (auch Rindt verunglückte mit einem Lotus, zu dem er persönlich nie Vertrauen besessen hat).

Wie skrupellos es im Rennsport für Automobile zugeht, beweisen die Kommentare zweier führender Konstrukteure. Ferrari sagt von sich, daß er Motore baut und vier Räder daran befestigt. Und für Porsche ist der beste Rennwagen der, der gerade noch ein Rennen gewinnt, um dann auf der Ziellinie in seine Bestandteile zu zerfallen.

Und trotzdem strömen Hunderttausende zu jedem Grand Prix. Immer wieder wird die Sensationslust der Massen durch eine raffinierte Manipulation der Medien angestachelt. Die Piloten der Formel I werden zu Sportidolen, zu „Helden der modernen Zeit“ gestempelt. Wie wenig ein Formel-I-Rennen aber mit Sport zu tun hat, beweist beispielsweise die Verhaltensweise der Veranstalter beim Grand Prix der Niederlande. Während der Rennfahrer Courage in seinem Wagen verbrannte, wurde das Rennen einfach fortgeführt. Runde um Runde mußten die anderen Fahrer an dem brennenden Wagen vorbeifahren. Sie sind den großen Geldgebern mit Haut und Haaren ausgeliefert.

Für Geld machen sie deshalb auch alles. Rindt behauptete von sich: „Entweder ich siege, oder ich fliege raus.“ Der Mensch gilt im kapitalistischen Automobilsport nichts. Es spielen nur noch Geschäftsinteressen und Profite eine Rolle.

Zwischen Zuckerrohr und Kupferminen

Rolf-Jürgen Priemer in Kuba und Chile

Havanna/Kuba. Zucker, Rum, Fidel Castro. Der Jet „Iljuschin 62“, eine Chartermaschine der größten Luftfahrtgesellschaft der Welt „Aeroflot“, landet am frühen Morgen in Havanna. An der Gangway erwartet uns der erste Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes Kubas. Im Flughafengebäude empfängt uns eine Kapelle mit „Guantanamera“. Ich erhalte ein erstes Souvenir: eine Pockenimpfung nebst Impfpfaß, ausgestellt vom Gesundheitsministerium der sozialistischen Republik Kuba.

Hiltons Pleite in Havanna

Auf der halbstündigen Busfahrt vom Flughafen, der den Namen des Freiheitshelden Jose Marti trägt, nach Havanna bleibt mir im Tropenklima fast die Luft weg. Palmen und saftiges Grün am Straßenrand, Zuckerrohrplantagen und Kaffeesträucher. Im Zentrum der Hauptstadt Kubas liegt der Platz des 26. Juli. Der Bus ruckelt über den riesigen Platz, auf dem alljährlich am 26. Juli Fidel Castro zu Hunderttausenden Kubanern spricht.

Knapp hundert Meter vom Meer entfernt liegt das Hotel „Havanna libre (Freies Havanna)“. Im achten Stockwerk wohne ich. Während ich mich in dem geräumigen Appartement umschaue und die Klimaanlage anschalte, überlege ich, wer wohl schon alles vor mir hier gewohnt haben

Florida, USA, liegt nur 90 Meilen entfernt. Nahe, drohend.

könnte. Dieses Hotel-Hochhaus hatte noch US-Millionär Hilton bauen lassen. Sein „Hilton Havanna“ wurde für Hilton zum Verlustgeschäft. Denn unmittelbar nach Fertigstellung des Komforthotels jagten die Kubaner Hilton und Konsorten, das korrupte Battista-Regime und die Yankees zum Teufel. Nun wohnen Freunde hier. Und bei ungetrübter Sicht ist mit bloßem Auge ein Stück der Yankee-Hochburg von hier aus zu erkennen. Florida, USA, liegt nur 90 Meilen entfernt. Nahe, drohend.

Im Theater von Havanna findet eine Beratung der Zuckerarbeiter statt. Die besten

Arbeiter wurden von ihren Brigaden hierher delegiert, um mit der Staats- und Parteiführung und den Gewerkschaften über die Ergebnisse der diesjährigen Zuckerernte zu diskutieren. Hier traf ich den „Commandante“, Fidel Castro. Hochgewachsen, breitschultrig, sein weltbekannter Bart und sein ebenso bekannter Kampfanzug. Auch der Revolver fehlt nicht. Kräftig drückt er mir die Hand. Er erzählt von der Situation in Lateinamerika, berichtet von den Machenschaften des US-Imperialismus am Beispiel des faschistischen Militärputsches in Bolivien. Fidel vergißt nicht, bitter zu bemerken, daß dort nun wieder die Mörder seines Freundes „Che“ Guevara herrschen. Aber, und Fidel lächelt, am Ende werden wir die Sieger sein. „Hasta la victoria siempre!“ Und er weist auf die antiimperialistische Entwicklung in Chile und auf die erfolgreiche Lateinamerikareise von Salvador Allende hin. Dann verabschiedet sich Fidel. Er muß zu den Zuckerrohrarbeitern. Und außerdem sehen wir uns ja später noch . . .

Meeting um Mitternacht mit Fidel

Meeting in der Universität. Um 21.30 Uhr soll es beginnen. Aber erst um 22.30 Uhr fängt die Veranstaltung an. Zigtausende haben sich versammelt und warten geduldig auf den Beginn. Fidel soll sprechen. Und ihre Solidarität wollen sie bekunden, ihre Solidarität mit Vietnam, Laos und Kambodscha. Solidarität! Für die Kubaner bedeutet dieses Wort viel. Solidarität heißt für sie: Maschinen und Waffen, Techniker und Agronomen aus der Sowjetunion und aus anderen sozialistischen Ländern.

In Kuba weiß jeder: Nur durch die weltweite Solidarität konnte Kuba den sozialistischen Weg einschlagen, konnten die Yankees in der Schweinebucht besiegt und konnte die Blockade durchlässig gemacht werden. Sie nahmen die Solidarität und sie geben die Solidarität. Sie freuen sich über den Besuch einer sowjetischen Jugenddelegation. Sie umarmen die anwesenden vietnamesischen Gäste, drücken sie, ihren Mut, ihren Siegeswillen bewundernd. Und Fidel – Fidel Castro spricht darüber.

Um Mitternacht beginnt er. Er redet temperamentvoll, frei, eine Stunde lang. Er rüttelt zum verstärkten Kampf gegen den Imperialismus auf, er dankt für die Hilfe der sozialistischen Länder. Er verurteilt die

Einladung der Führer der Volksrepublik China an Präsident Nixon, weil das zum Schaden der antiimperialistischen Bewegung ist. Er ruft zur Solidarität mit den Völkern Indochinas auf und zur Solidarität mit Kuba. Und Fidel ist gewiß: „Venceremos!“ Wir werden siegen. In Vietnam, Laos und Kambodscha, in Chile. Überall.

Die „Pinselfrigade“

Santiago de Chile. Unser buntbemalter Ford-Bus, der an einen „Oldtimer“ erinnert, schlängelt sich durch die Straßen der Hauptstadt. Eines fällt sofort ins Auge: Überall, an den Bauzäunen und anderen dafür geeigneten Flächen, stehen Losungen „Allende U. P.“, wählt Allende, Unidad

Überall an den Bauzäunen stehen Losungen:

„Allende U. P.“

Popular, Solidarität mit Vietnam, Laos und Kambodscha.

Diese Losungen werden gemalt von der „Brigada Ramona Para“. Diese „Pinselfrigaden“ gibt es im ganzen Land. Ihre Mitglieder gehören dem Kommunistischen Jugendverband Chiles an, der über 40 000 Mitglieder in seinen Reihen vereinigt. Es ist der größte Jugendverband Chiles. In Santiago, in der über zwei von den insgesamt zehn Millionen Chilenen leben, sind rund 18 000 Jugendliche im „JJCC“ organisiert. Die „Pinselfrigaden“ des Jugendverbandes haben die Aufgabe, die wichtigsten Forderungen in Kurzform als Losungen anzubringen.

Vor dem Wahlsieg der Unidad Popular am 4. September 1970 konnte nur nachts gepinselt werden. Und in Santiago verübten die Faschisten mehrere Überfälle auf diese mobilen und rührigen Brigaden. Da sprangen die Studenten der Technischen Universität den Brigaden zu Hilfe und bauten für sie einige gepanzerte Autos, um sie vor den schießwütigen Faschisten zu schützen. Seit dem Sieg der Regierung der „Volkseinheit“ arbeiten die Brigaden auch tagsüber. Inzwischen malen sie nicht nur Losungen, son-



Rolf Jürgen Priemer wird bei seinem Aufenthalt in Santiago vom chilenischen Präsidenten Allende empfangen.

dern sie stellen auch Grafiken, Plakate und Gemälde her. Die besten Songgruppen, wie zum Beispiel die Gruppe „Quilapayun“, gehören zum Jugendverband. An den meisten Universitäten und Schulen, in den Betrieben, im Hafen und im Bergbau – überall wirken die Mitglieder des „JJCC“ für die Ziele der Unidad Popular sowie für den Kommunistischen Jugendverband Chiles.

Hunger und Elend – erste Hilfe

Unser bunter Bus hat die Vororte von Santiago erreicht. In den Siedlungen, die links und rechts von der Straße liegen, wohnen Arbeiter mit ihren Familien. Hunderttausende wohnen dort in Holzhäusern – um nicht Holzhütten zu sagen. Wasser und Toiletten gibt es nicht. Der Anblick dieser großen Armut ruft den Zorn gegen das frühere System hervor, das den Menschen derartige Lebensverhältnisse aufzwang. Das alles ist nicht mit einem Schlage zu beheben. Die Volksregierung unter Allende

Für jedes Kind pro Tag einen halben Liter Milch.

hat erste Hilfsmaßnahmen eingeleitet: Für jedes Kind pro Tag einen halben Liter Milch kostenlos, einige tausend provisorische Behausungen wurden geschaffen. Das wichtigste aber ist: Die alte reaktionäre Ordnung der Ausbeuter soll Schritt für

Schritt abgebaut und schließlich beseitigt werden. Dann ist Schluß mit diesen Lebensverhältnissen, die die Reichen reicher und die Armen ärmer werden lassen.

Nun ist das Kupfer chilenisch

Der bunte Bus führt uns in die Anden. Rund 3 000 Meter über dem Meeresspiegel sehen wir am Straßenrand auf Kilometersteinen und Felsen Losungen der „Pinselfbrigaden“. Dann endet die gut ausgebaute, asphaltierte Straße.

„El Teniente“ (der Leutnant) ist eine der bedeutendsten Kupferminen Chiles und der Welt. Denn Kupfer – das ist Chiles Gold, Chiles Reichtum. Und es ist typisch für die Raubgier des US-Imperialismus, der, obwohl es in den USA große Kupfervorkommen gibt, zunächst einmal in Chile ins Geschäft einstieg und das Kupfer raubte. Sie zwangen den Arbeitern niedrigste Löhne und schreckliche Lebensbedingungen auf, um sich selbst zu bereichern. Morgan, General Motors, Du Pont, United States Steel Corporation, Westinghouse, RCA Victor, Kennecott – das sind einige Namen von US-Konzernen, die an der Unterdrückung der Chilenen maßgeblich beteiligt waren. Ein Traum vieler Chilenen wurde nach dem Sieg der Unidad Popular wahr: Die verfluchten Ausbeuter, die raubgierigen, profitscheffelnden Yankees wurden zum Teufel gejagt. Die Volksregierung hat die gesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft und die Grundstoff- und Schlüsselindustrien, die marktbeherrschenden Konzerne in Gemeineigentum überführt. Seit dem 11. Juli 1971 heißt es:

„Ahora es el cobre chileno!“, nun ist das Kupfer chilenisch. Ein jahrzehntelanger antimonopolistischer Kampf ist zugunsten der Arbeiterklasse entschieden worden. Stolz berichten junge und ältere Arbeiter von „El Teniente“ darüber. Sie sind entschlossen, sich diesen Reichtum nicht mehr nehmen zu lassen. Deshalb unterstützen sie aktiv das Programm und die Parteien der Unidad Popular. Die Kumpel von „El Teniente“ gehören zu den revolutionärsten Arbeitern des ganzen Landes. Mit ihrem Schwung reißen sie die Belegschaften anderer Betriebe und viele Menschen auf dem

Seit dem 11. Juli 1971 ist das Kupfer chilenisch.

Lande mit. Über sie wird in Chile viel geschrieben und gesungen. Sie selbst sind stolz und bescheiden. Und sie überlegen, wie sie ihre Feinde am besten und am schnellsten besiegen können – sie kämpfen um die Erhöhung der Produktion des Kupfers, das ihnen gehört. Und sie wissen: Je mehr wir fördern, desto schneller kommt dieser Reichtum dem Volke zugute, desto besser leben sie selbst.

Die Lokbauer von San Bernardo

In der „Maestranza San Bernardo“ wurden schon im vorigen Jahrhundert Lokomotiven gebaut. Am Eingang sind die Stahlrösser zu sehen, die durch Lateinamerika und auch durch die USA schnauften. Heute werden große Maschinen mit Diesel- und Elektromotoren produziert. Ich freunde mich mit Rafael, einem Maschinenbauer von etwa 40 Jahren, an. Ein kommunistischer Arbeiter, der auf alle Fragen Antworten weiß und mir selbst Löcher in den Bauch fragt. Er will wissen, wie in der Bundesrepublik derartige Betriebe aussehen, wie die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution angewandt werden und ob sich dadurch die Lage der Arbeiter bessert. Zwei Stunden diskutieren wir miteinander und sind erschrocken, wie schnell die Zeit vergeht. Rafael stellt mich seinen Kollegen



Solidaritätskongreß der Jugend aus Latein- und Nordamerika in Santiago. Am Rednerpodium: Fania Davis, Schwester von Angela

vor. Hier und in den nächsten Abteilungen sind die meisten Arbeiter Kommunisten. Ich muß an Hoesch in Dortmund denken. Menschenskind, müssen wir noch viel tun bei uns, bis die Arbeiter so denken und vor allem so handeln, wie in Chile. Dann, in einer anderen Abteilung, begrüßen uns die Arbeiter mit einem Lied der Unidad Popular, das ein Tonband abspielt. Rafael wird begrüßt. Rafael erklärt mir draußen, daß in dieser Abteilung mit knapp 100 Arbeitern nur rund 50 Prozent Kommunisten oder Sozialisten sind. Rund 50 Prozent sind christliche Arbeiter. Aber es gibt ein sehr gutes Verhältnis zwischen Kommunisten und Christen. Dieses Bündnis ist wichtig, weil Kommunisten und Christen der gleichen Ausbeutung aus-

Ich muß an Hoesch in Dortmund denken. Menschenskind, müssen wir noch viel tun bei uns!

gesetzt und nun gemeinsam stark genug waren, ihre Ausbeuter zum Teufel zu jagen.

So denken in der „Maestranza“ die meisten, auch der technische Ingenieur, parteilos. „Die US-Imperialisten wollen uns wirtschaftlich fertig machen“, sagt der Ingenieur. Bisher haben US-Firmen jährlich Loks abgenommen, und nun haben sie ihre Bestellungen bereits für 1971 gestrichen.“ Der Ingenieur ist erobert, aber er weiß, daß es sicherlich andere Abnehmer chilenischer Lokomotiven geben wird.

Wie ein Millionär enteignet wurde

Im holzgetäfelten Raum der Direktion begrüßt uns der Betriebsleiter Sanchez, der zugleich kommunistischer Parlamentsabgeordneter ist. Sanchez sagt, daß er erst seit einigen Wochen diese ungewohnte Tätigkeit als Betriebsleiter ausübt. Denn der Textilbetrieb, der zu den bedeutendsten von Chile zählt, gehört ausländischen Millionären. Die Textilarbeiter, größtenteils junge Arbeiterinnen, seien aber zu dem Ergebnis gekommen, daß es besser ist, wenn sie eine Enteignung dieser Millionäre erzwingen und den Betrieb in Volkseigentum übernehmen. Sie haben einen Antrag gestellt und die Regierung gebeten, die Enteignung vorzunehmen. Denn die Regierung der Unidad Popular kann von sich aus nur die Grundstoff- und Schlüsselindustrie, wie zum Beispiel den Kupferbergbau, in Gemeineigentum überführen. Wenn die Arbeiter anderer Betriebe aber wollen, daß auch „ihr“ Werk volkseigen wird, müssen sie den Kampf in ihrem Betrieb selbst beginnen. So taten es diese Textilarbeiter und so wurde der Arbeiter Sanchez, der zugleich Parlamentsabgeordneter ist, Betriebsleiter. Und so ging es in vielen anderen Textil- und Metallbetrieben und in den meisten Brauereien.

Volksfest in Santiago

Am 4. September 1971, dem ersten Jahrestag des Sieges der Unidad Popular, wurde zur Massendemonstration und Kundgebung aufgerufen. Salvador Allende, der Präsident, war von seiner Lateinamerika-Reise zurückgekehrt und sprach vor Zigtausenden Chilenen. Die Reaktion haßt Allende. Sie läßt nichts unversucht, ihre verloren ge-

gangene Macht und ihren Besitz wiederzuerlangen. Sie drohen in ihren Zeitungen, sie beschimpfen die Unidad Popular in ihren Rundfunksendern, sie treten in den Parlamenten mit ihren Abgeordneten auf. Sie sind stark, aber nicht stark genug. Das weiß auch der Präsident. Deshalb ruft er zum Kampf gegen die Reaktion auf, gegen die „Momios“, wie man in Chile sagt. Nach der Kundgebung fand ein Volksfest auf dem Boulevard O'Higgins, der Hauptstraße von Santiago, statt. Filme wurden gezeigt, Meetings wurden durchgeführt, Song- und Kabarettgruppen traten auf. Tanzkapellen spielten bis zum frühen Morgen. Es gab Grund zum Feiern: ein Jahr Volksregierung. Die US-Imperialisten und die chilenischen Großgrundbesitzer wurden verjagt, ihre Macht wurde wesentlich eingeschränkt. Aber sie wurden noch nicht besiegt.

Chile und Kuba sind ganz nah

Unser bunter Bus, mit dem neben mir auch Vertreter anderer fortschrittlicher Jugendorganisationen viele Kilometer durch Chile reisten, ruckelt nun sicherlich wieder auf seiner Route über den Boulevard O'Higgins. Unsere chilenischen Betreuer, größtenteils Mitglieder des „JJCC“, die die Flughafenterasse sowohl bei unserer Ankunft als auch bei unserer Abreise besetzten und uns grüßten, stehen wie wir wieder im Kampf. Ebenso wie die Arbeiter von „El Teniente“, die Lokomotivbauer, Rafael und der Betriebsleiter Sanchez.

Die Verständigung war nicht einfach. Manchmal mußten Hände, Arme und Füße zu Hilfe genommen werden, um eine Sache

Die Zuckerarbeiter in Kuba oder die Minenarbeiter in Chile sind den Arbeitern der Bundesrepublik viel näher, als die Herren der Unternehmerverbände in Köln.

zu verdeutlichen. Und sicherlich sind 10 000 Kilometer zwischen uns und Kuba, zwischen uns und Chile auch im Zeitalter der Düsenjets eine große Entfernung.

Aber trotz unterschiedlicher Sprachen und großer Entfernungen: Es gibt eine Verständigung. Und die Zuckerarbeiter in Kuba oder die Minenarbeiter in Chile sind dem Arbeiter der Bundesrepublik viel näher, als die Herren von den Unternehmerverbänden in Köln. Denn die Arbeiter kämpfen für eine gemeinsame Sache: gegen Ausbeutung, gegen den Imperialismus, für die Einschränkung und Überwindung der Macht der Unternehmer. Und das verstehen wir alle.

jugendpolitische blätter

Aus dem Kapitalismus kann man nicht einfach aussteigen

(— sondern Alt und Jung müssen ihn als einig handelnde Arbeiterklasse bekämpfen — Lehrlinge gehören zur Arbeiterklasse — Über einige Fragen der Lehrlingsbewegung und der Lehrlingsentlohnung — Lehrlinge brauchen Prozenttarif — Von Ulrich Sander und Willi Schwetmann

Im Entwurf der „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ wird eine Berufsausbildung verlangt, die sich in „betriebswirtschaftlich unabhängigen“ Ausbildungsstätten und „nicht unter produktiven und konjunkturabhängigen Aspekten“ vollzieht. 1) Also nicht im Betrieb? An anderer Stelle werden Betrieb ● Ausbildungsstätte einander gegenübergestellt. Gleichzeitig sprechen Bildungspolitiker der SPD davon, notwendig sei jetzt ein Sofortprogramm zur Errichtung von Berufsbildungszentren und überbetrieblichen Lehrlingswerkstätten. 2) Liegt demnach im Auszug der Berufsausbildung aus den Betrieben die Lösung des Problems „Lehrlingsmisere“ begründet? Der Lehrling, der mittels gesetzgeberischem Kunstgriff per Berufsbildungsgesetz zum „Auszubildenden“ avancierte — ohne, daß sich seine Lage verbessert hätte —, wird so quasi zum Schüler gemacht, der statt Lohn ein „Stipendium“ erhält. Aber Lehrlinge sind junge Arbeiter und keine Schüler. Kein Kunstgriff kann daran etwas ändern, und die Arbeiterbewegung kann auch kein Interesse daran haben, dies zu ändern oder zu verschleiern. In den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu einzelnen Fragen“ schrieb Karl Marx 1866: „Wir betrachten die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und Jugendliche beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an dem großen Werk der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, als eine fortschrittliche, gesunde und berechtigte Tendenz, obgleich die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirk-

licht wird, eine abscheuliche ist.“ 3) Marx forderte den allseitig entwickelten Menschen, der „nicht bloß mit dem Hirn, sondern auch mit den Händen“ arbeiten kann. Bereits im Kommunistischen Manifest bezeichneten Marx und sein Freund Friedrich Engels die „Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion“ 4) als eine der ersten Maßregeln, die das siegreiche Proletariat durchführen muß, und in den sozialistischen Ländern ist dieser Grundsatz auch verwirklicht. Dort wurde durch die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die allseitige Ausbildung des Menschen ermöglicht.

Wo die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht beseitigt sind, gilt es, im solidarischen Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die „abscheuliche Tendenz“ des Kapitalismus die Rechte der Jugend durchzusetzen, nicht aber zum Scheitern verurteilte Fluchtversuche aus diesen Produktionsverhältnissen zu unternehmen. Marx: „Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Erziehung, körperlicher Übung und polytechnischer Ausbildung wird die Arbeiterklasse weit über das Niveau der Aristokratie und Bourgeoisie erheben.“ 5)

Es geht um Mitbestimmung und neue Bildungsinhalte

Die Kombination von Ausbildung im Betrieb und Unterricht in der Schule (Berufsschule) sollte also nicht aufgegeben, sondern auf neuer Basis verwirklicht werden. Unsere erste Forderung kann nicht sein, allgemeine staatliche Lehrwerkstätten zu

schaffen — dies auch, aber nicht in erster Linie! —, sondern zunächst gilt es, den Kampf um inhaltliche Neubestimmung der Bildung und Ausbildung und um Mitbestimmung der Arbeiterklasse auf diesem Sektor zu führen.

Denn inhaltliche Neubestimmung und Mitbestimmung stellen sich nicht automatisch ein, wenn die Lehrlinge in staatliche Lehrwerkstätten statt in die Betriebe gehen. Im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo der Staatsapparat zum unmittelbaren ökonomischen und politischen Instrument der Monopole geworden ist (siehe Finanzpolitik, Konzertierte Aktion, Orientierungsdaten, Preispolitik, Aufrüstung usw.), liegt es auf der Hand, daß es zum objektiven Interesse der Unternehmer wird, aus von Steuerzahlern oder Arbeitslosenversicherten finanzierten staatlichen Ausbildungsstätten kostenlos hochqualifizierte Lohnarbeiter zu beziehen. Jene industriellen Großbetriebe, die schon heute auf die Lehrlingsausbildung verzichten, um sich den Nachwuchs in den Handwerksbetrieben heranzüchten zu lassen, hätten dann eine noch bessere Quelle gefunden.

Es geht also darum, die Monopole zu zwingen, qualifizierte Berufsausbildung in ihren Betrieben zu veranstalten oder dann, wenn sie Ausbildungsmöglichkeiten nicht im angemessenen Umfang bieten, durch die Zahlung in einen Fonds die Mittel für eine Berufsausbildung der Jugend in staatlichen Lehrwerkstätten bzw. Ausbildungsstätten anderer Betriebe aufzubringen. Wer von der Lehrlingsausbildung profitiert, soll auch dafür zahlen. Und weiter geht es darum, jede Ausbildung — ob im Betrieb oder in staatlichen Lehrwerkstätten — unter Kontrolle der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften erfolgen zu lassen und die Bildungsinhalte nach den Interessen der Arbeitenden zu bestimmen. Im Staatsmonopolismus sind Lehrwerkstätten eine Abteilung der kapitalistischen Produktion. Der Staat gehört nicht uns, den Arbeitern, sondern den Kapitalisten. Daher gilt es, auch in staatlichen Einrichtungen um den Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen zu kämpfen. Hier zeigt sich erneut die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung in der gesamtstaatlichen Wirtschaftsplanung durchzusetzen.

Bevor wir uns also entscheiden, in welcher Form ausgebildet wird — durch betrieb-

liche oder staatliche Lehrwerkstätten – geht es um die Klärung der Frage: Was wird gelehrt? Wer bestimmt?

Betriebe als Schulen des Klassenkampfes

Oft kommt es vor, daß Arbeitervertreter deshalb im Auszug aus den Betrieben für die Berufsausbildung Vorteile sehen, weil einige Unternehmervertreter und ihre Politiker sich in Worten für die Ausbildung in den Großbetrieben aussprechen (und sie in Wirklichkeit – im gewerblichen Bereich zu 65 Prozent – den Handwerkern überlassen). So sagte Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) kürzlich: „Für den beruflichen Reifeprozess bleibt die betriebsbezogene und betriebsinterne Ausbildung unerlässlich, denn der Betrieb als soziales Gefüge erleichtert die Integration der Lehrlinge in das vielschichtige Geflecht sozialer Beziehungen.“ 6) Der CDU-Politiker möchte also die Integration des Lehrlings in die kapitalistische Ausbeuterordnung, die er vornehm umschreibt. Aber das, was er möchte und das, was er kann, braucht nicht dasselbe zu sein. Im „vielschichtigen Prozess sozialer Beziehungen“ – im Klassenkampf, auf gut Deutsch gesagt – spielt die organisierte Arbeiterschaft eine bedeutende Rolle. Der Kapitalist ist gezwungen, den Jugendlichen der Produktion zuzuführen, und er führt ihn damit zugleich der Arbeiterklasse zu. Nach wie vor bildet er damit objektiv die Totengräber seiner Kapitalistenklasse aus, von denen schon Marx und Engels sprachen. Die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften müssen sich diese objektiven Vorteile stärker zunutze machen. Sie müssen durch klassenbewußte Betriebsräte und starke Vertrauensleutekörper sowie durch die Unterstützung der Jugendvertretertätigkeit den jungen Lehrling und Arbeiter in den Kampf seiner Klasse einbeziehen. „Der aufgeklärte Teil der Arbeiterklasse begreift... sehr gut, daß die Zukunft seiner Klasse und damit die Zukunft der Menschheit völlig von der Erziehung der heranwachsenden Arbeitergeneration abhängt.“ (Marx) 7)

Die Stellung des Lehrlings als Angehöriger der Arbeiterklasse wird besonders deutlich, wenn wir den Charakter seiner Bezahlung und seine Position im Verteilungskampf (Tarifbewegungen usw.) untersuchen. Auch auf diesem Sektor gibt es in der heutigen Arbeiterjugendbewegung viele Unklarheiten, die in erster Linie aus der Nichtanerkennung des Lehrlings als jungen Arbeiter herrühren. Wer den Lehrling zum Schüler machen will, spricht sich dafür aus, ihm keinen Lohn, sondern Honorar oder Stipendium zu geben. Dafür zwei Zitate als Beispiele:

+ „Wir fordern daher: Ausbildungsstipendien für Schüler, Auszubildende (gesperrt v.d. Verf.) und Studenten, die ihnen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten bestreiten zu können.“ (Jugendpolitische Forderungen der Gewerkschaftsjugend, in „Solidarität“, Nr. 8/9 1971)

+ „An die Stelle eines Lehrlingslohnes tritt ein staatliches Stipendium.“ („Ausbildung statt Ausbeutung“, Bonn 1970, herausgegeben vom Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD.)

Hat ein Lehrling ein Stipendium oder Lohn zu verlangen?

Die Autoren eines Jungsozialisten-„JS-Magazins“, Crusius und Wilke, stellen als Hauptthese die Behauptung auf, die Forderung nach Prozenttarif – also Lohn – widerspreche grundsätzlich der anderen Forderung nach guter, allseitiger Ausbildung. Diese Hauptthese ist zugleich der Hauptfehler der Autoren.

Stellen wir eine einfache Überlegung an: Die Autoren sind natürlich dafür, daß die Lehrlinge während der Ausbildung – und nur innerhalb dieses Rahmens – „produktive Arbeit“ leisten. 8) Ist aber im Kapitalismus eine produktive Arbeit außerhalb der Mehrwertproduktion – also ohne Ausbeutung – denkbar? Nein. Würde durch irgendein „Staatshonorar“ oder „staatliches Stipendium“ diese Ausbeutung der Lehrlinge beseitigt? Nein. Selbst die Lehre aller Lehrlinge in staatlichen Werkstätten wäre nur der vollendete Ausdruck des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie wir oben gesehen haben. Die Losung „Ausbildung statt Ausbeutung“ ist eine richtige Losung, aber sie ist endgültig erst im Sozialismus zu verwirklichen, wo jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist. Die Losung kann an die Grenzen des kapitalistischen Systems heranzuführen, wenn damit dem Lehrling nicht vorgegaukelt wird, er könne sein Problem als Ausgebeuteter bereits im Kapitalismus und unabhängig von seiner Klasse lösen.

Mit der falschen Formel „Lohn für Auszubildende, aber Stipendium für die Auszubildenden“ kann man also kaum die Forderungen vieler Gewerkschaftsgruppen und Lehrlingszentren nach Prozenttarif als „reaktionär“ abtun. Der Kampf um Prozenttarif ist in Wirklichkeit eine Etappe im Kampf um gleichen Lohn, im Kampf, die Arbeitskraft so teuer wie es geht zu verkaufen. Der Lehrling im Kapitalismus ist nun einmal seiner sozialen Natur nach zugleich Ausgebeuteter und Lernender. Demzufolge wäre jedes „Ausbildungshonorar“ seiner sozialen Natur nach stets Lohn, Lehrlingslohn.

Was spricht für den Prozenttarif als „Lehrlingslohn“?

Mit Begriffen wie „Honorar“, „Stipendium“ wird im Falle der Lehrlinge eine bestimmte Seite ihrer Klassenlage unrichtig charakterisiert, nämlich jugendlicher Lohnempfänger, jugendlicher Teil der Ausgebeuteten zu sein, was letztlich – gewollt oder nicht – den Entpolitisierungsbemühungen der herrschenden Klasse entgegenkommt.

Nach Lage der Dinge im Kapitalismus spricht für die Forderung nach Prozent-

tarif, das heißt nach wachsenden prozentualen Anteilen der Lehrlingsentgelte der einzelnen Lehrjahre am jeweiligen Ecklohn, folgendes wichtige Argument: Die Bindung des Lehrlingslohnes an die Gesamtklasse der Ausgebeuteten. Dadurch stehen in jedem Lohnkampf automatisch die Erhöhung des Lehrlingslohnes um die einheitlich geforderten Summen oder Prozentsätze auf der Tagesordnung. Und dies in jeder Phase des Kampfes – bei der Aufstellung der Forderungen in den Betrieben, bei der Beschlußfassung in den Tarifkommissionen, bei Streik und Urabstimmung: stets sind die Lehrlinge einbezogen. Die Solidarität von alt und jung wirkt sich zum Vorteil aller Arbeitenden aus. Denn auch die älteren Kollegen, ohne die gesamte Kraft der einheitlich geführten Tarifbewegung können die Lehrlinge nichts erreichen. Wer sollte denn eine Erhöhung ihres „Honorars“ kämpferisch durchsetzen, die relativ wenigen Lehrlinge oder alle Ausgebeuteten gemeinsam?

Allerdings bringt die Orientierung auf „Prozente“ des Facharbeitertarifs nicht deutlich genug zum Ausdruck, daß es sich hier in erster Linie um Lehrlingslohn handelt, also um jenen Lohn einer bestimmten Gruppe der Arbeiterklasse, nämlich nur der Lehrlinge, nicht der Jungarbeiter.

Am besten wäre es daher, die tarifvertraglich regelnde Lösung, die sich prozentual am Facharbeiterlohn orientiert, mit Lehrlingslohn zu bezeichnen.

Quellenhinweise und Erläuterungen

- 1) „Solidarität“ Nr. 8/9 1971
- 2) „Frankfurter Rundschau“, 2.10.1971
- 3) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192-195
- 4) Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1955, S. 482
- 5) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192-195
- 6) KND-Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 64, 16.9.1971
- 7) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 192-195
- 8) Unter produktiver Arbeit verstehen wir Marxisten die gebrauchswertproduzierende oder materielle Dienste verrichtende nützliche Arbeit. In der produktiven Arbeit sehen wir die Schöpferin des gesellschaftlichen Reichtums. Vom Standpunkt des Arbeitsprozesses ist jede körperliche und geistige Arbeit produktiv, wenn sie in der materiellen Produktion einzeln oder als Glied eines arbeitsteiligen Produktionsorganismus verrichtet wird. Die produktive Arbeit umfaßt also alle Verrichtungen körperlicher oder geistiger Art, die zur Produktion von Gebrauchsgegenständen (Gebrauchswerten) erforderlich sind. Vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist nur die Arbeit produktive Arbeit, die ein in der Form des Mehrwerts von den Kapitalisten angeeignetes Mehrprodukt erzeugt.

DGB-Jugend gegen Partnerschafts-Ideologie

Vom 17. bis 19. November 1971 findet in Dortmund die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB statt. 145 Delegierte und 120 Gastdelegierte, die rund eine Million Gewerkschafter bis zum 25. Lebensjahr vertreten, werden mehr als 300 Anträge und Entschlüsse beraten. / Von Herwart Prudlo

Dieser Bundesjugendkonferenz, die der Höhepunkt im „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ ist, die Bilanz zieht über die vergangenen drei Jahre gewerkschaftlicher Jugendarbeit und Grundsätze für die nächsten drei Jahre festlegt, kommt eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung der demokratischen Jugendbewegung der Bundesrepublik zu.

Rund 20 Prozent aller Anträge beschäftigen sich mit Bildungsproblemen. In einem vom DGB-Bundesjugend-Ausschuß eingebrachten Antrag heißt es u.a.: „Der Gewerkschaftsjugend geht es bei der Reform des Bildungswesens nicht darum, die Voraussetzung für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft und damit des Prinzips der Profitmaximierung zu verbessern, sondern um eine Bildungsreform, die den Massencharakter des Bildungssystems aufhebt. Forderungen nach emanzipatorischer Bildung, gleichen Bildungschancen und Demokratisierung des Bildungssystems bleiben ohne Folgen, wenn sie nicht an diesem Ziel orientiert sind.“

„Betriebsverfassungsgesetz nicht annehmen“

In einem Antrag der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier zum Berufsbildungsgesetz wird gefordert: „Die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz fordert den DGB und die Vorstände der Einzelgewerkschaften auf, sich für eine Neufassung des Berufsbildungsgesetzes einzusetzen.“

26 Anträge beschäftigen sich mit dem Betriebs- und Personalvertretungsgesetz. In einem Antrag des DGB-Bundesjugendausschusses wird festgestellt: „Abgesehen von einer grundsätzlichen Kritik des geltenden Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes ist für den Bereich der Jugendvertretung festzustellen: Entgegen der Bekundung des Gesetzgebers, mit diesem Gesetz solle den Jugendlichen Gelegenheit gegeben werden, ihre Belange selbst innerhalb des Betriebs zu vertreten,

fehlt der Jugendvertretung so gut wie jede Rechtsgrundlage für praktische Arbeit in diesem Sinne.“ Da in der Vergangenheit eine Vielzahl von Betriebsjugendvertretern dieses unternehmerfreundliche Gesetz in seinen Auswirkungen am eigenen Leib, bis hin zur Entlassung, gespürt haben, fordert der DGB-Landesbezirksjugendausschuß Nordmark: „Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, alles zu unternehmen, daß der Vorschlag der Bundesregierung zum Betriebsverfassungsgesetz im Bundestag nicht angenommen wird und Vorschläge des DGB verwirklicht werden.“

Schluß mit der Konzertierten Aktion

16 Anträge befassen sich mit Wehr- und Ersatzdienstfragen. Unter anderem wird festgestellt: „Die 8. Bundesjugendkonferenz begrüßt die Initiative der Autoren von Soldat 70, die sich innerhalb der Bundeswehr für mehr Demokratie und Mitbestimmung der Soldaten einsetzen.“ 37 Anträge beschäftigen sich mit Tarif-, Wirtschafts-, Eigentums- und Steuerpolitik. Die Diskussion um das Für und Wider der Konzertierten Aktion wird auch auf dieser Jugendkonferenz eine Rolle spielen. Der DGB-Landesbezirksjugendausschuß NRW fordert: „Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich seine Mitarbeit in der Konzertierten Aktion aufzugeben. Die vorgetragene Kritik an der Konzertierten Aktion wird erst durch den Austritt aus dieser Institution glaubhaft. Erst wenn die Kritik an der Funktion der Konzertierten Aktion, die Gewerkschaften mit ihren Lohn- und Gehaltsforderungen auf Lohnleitlinien festzulegen, durch den Austritt dokumentiert wird, geht sie über den verbalen Protest hinaus und wird zur politischen Aktion.“ In einem anderen Antrag wird gefordert, daß „entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm, Großbetriebe, die eine marktbeherrschende Stellung einnehmen (z.B. Banken und Versicherungen sowie die Grundstoffindustrie, die chemischen, elektronischen und Elektroindu-

strien), in Gemeineigentum zu überführen, entsprechend Art. 15 GG“, sind. Zum Streikrecht für Auszubildende wird gefordert: „Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, endlich die Rechtsunsicherheit in der Frage des Streikrechts für Auszubildende zu beseitigen. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, diesbezüglich umgehend auf die Einzelgewerkschaften einzuwirken, um somit das Streikrecht für Auszubildende zu gewährleisten.“

Demokratische Front gegen Rechtskartell

24 Anträge, die sich mit Friedens-, Deutschland- und Ostpolitik beschäftigen, sind gestellt worden. Unter anderem wird vom Bundestag gefordert, „unverzüglich die Verträge zwischen der BRD und der UdSSR sowie der Volksrepublik Polen zu ratifizieren“. Etwa 30 Anträge haben den Kampf gegen Rechtsradikalismus zum Inhalt. Die Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier formulierte in ihrem Antrag: „Die 8. DGB-Bundesjugendkonferenz fordert alle demokratischen Organisationen auf, geeignete Maßnahmen zur Bildung einer demokratischen Front gegen das Rechtskartell zu unternehmen. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, Schritte zum Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen zu unternehmen.“ Und vom IG-Metall-Jugendausschuß wird gefordert, „daß nationalitistische und faschistische Organisationen keine finanziellen Mittel aus staatlichen bzw. kommunalen Kassen erhalten“. Und weiter: „Die Bundesjugendkonferenz unterstützt die vom Bundesjugendausschuß des DGB erhobene Forderung nach Ausschluß der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) aus dem Deutschen Bundesjugendring. Sie fordert die Vertreter der DGB-Jugend und ihre politischen Freunde im Bundesjugendring sowie in den Landes- und Kreisjugendringen auf, in ihren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachzulassen.“

Gewerkschaftsjugend – Kein „Kindergarten“

In der letzten Zeit hat sich innerhalb der Gewerkschaftsjugend verstärkt die Auffassung durchgesetzt, daß „die Gewerkschaftsjugend heute nicht als ‚Kindergarten‘ der Gesamtorganisation betrachtet werden (kann). Sie muß auf betrieblicher und örtlicher Ebene positiv-kritisch in der Gesamtorganisation mitarbeiten. Ihre an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte gewerkschaftliche Arbeit soll verdeutlichen und klarmachen, daß sie vorrangig, aber nicht ausschließlich für die Interessen der arbeitenden Jugend eintritt. Gewerkschaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form von ‚Sozialpartnerschaft‘ aus, sondern vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Gewerkschaftliche Jugendarbeit in Betrieb

und Verwaltung hat diesen Interessengegensatz, wie er im Bereich der Berufsausbildung und der Arbeitsbedingungen jugendlicher Arbeitnehmer auftritt, zu verdeutlichen, seine Ursachen zu erklären und die notwendigen Auseinandersetzungen zu führen“. Diese richtige Erkenntnis wird vom DGB-Landesbezirksjugendausschuß Baden-Württemberg in einem Antrag, in dem es heißt: „... fordert den DGB-Bundesvorstand auf, gewerkschaftliche Lehrlings- und Jugendarbeiterzentren als eine den Gewerkschaften gemäße Organisationsform der Jugendarbeit zu betrachten, anzuerkennen und die Gründung weiterer gewerkschaftlicher Lehrlings- und Jugendarbeiterzentren zu unterstützen.“ Gerade der Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen im betrieblichen Bereich kommt

in Zukunft eine große Bedeutung zu. Deshalb darf die Arbeit der gewerkschaftlichen Lehrlings- und Jugendarbeiterzentren nicht unterschätzt werden.

Doch wenn die gesamte gewerkschaftliche Jugendarbeit stärker als bisher aktiviert werden soll, dann sollte endlich auch in der eigenen Organisation die Gewerkschaftsjugend mehr Möglichkeiten zur Mitentscheidung bekommen. Obwohl heute nur noch wenige bestreiten, daß sich die Springener Beschlüsse – Abbau der Jugendsekretäre – negativ auf die Entwicklung der Gewerkschaftsjugend ausgewirkt haben, wurden hieraus keine Konsequenzen gezogen. So wird dann auch folgerichtig in einem Antrag der DGB-Bundesvorstand aufgefordert, „umgehend wieder hauptamtliche Jugendsekretäre auf Kreisebene einzusetzen

und die Zahl der auf Landesbezirksebene eingesetzten Jugendsekretäre zu erhöhen. Der LBJA muß die Möglichkeit erhalten, bei der Einstellung und dem Einsatz von Nachwuchssekretären mitzubestimmen“. Die zur Beratung auf dieser Bundesjugendkonferenz gestellten Anträge zeigen, daß die Gewerkschaftsjugend bereit ist, die Gewerkschaften als Widerstandsorganisationen der Arbeiterklasse gegen das Monopol- und Bankkapital auszubauen. Wenn sich die progressiven Diskussionen der Jugendkonferenzen von Einzelgewerkschaften und der DGB-Landesbezirksjugendkonferenzen widerspiegeln sollen, dann wird das seinen Ausdruck in der Annahme einer Vielzahl von fortschrittlichen Anträgen und in der Diskussion auf der Bundesjugendkonferenz selbst haben.

Aus den Jugendverbänden

Der Aufnahmeantrag des Ortsverbandes Frankfurt der SDAJ in den Frankfurter Stadtjugendring wurde abgelehnt. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde trotz eines Stimmenverhältnisses von 10:8 für den Aufnahmeantrag nicht erreicht. Nach wie vor ist die revanchistische Deutsche Jugend des Ostens (DJO) Mitglied des Frankfurter Stadtjugendringes.

Im Rahmen der weltweiten Kampagne des „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) und des „Internationalen Studentenbundes“ (ISB) haben die Bundesvorstände von SDAJ und MSB-Spartakus zu einer gemeinsamen Spendenaktion „Ein Kinderkrankenhaus für Hanoi“, das nach dem vietnamesischen Freiheitskämpfer Nguyen Van Troi benannt werden soll, aufgerufen. Ein gemeinsamer Spendenscheck wurde herausgegeben.

Spenden können überwiesen werden an: SDAJ-Bundesvorstand, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Postscheckkonto Nr. 19 37 55 (Vietnam) beim Postscheckamt Essen. Insgesamt 15 000 DM hat bisher die Freie Deutsche Jugend (FDJ) von Westberlin für den

Bau des Kinderkrankenhauses für Hanoi gesammelt und überwiesen.

Der Gesamtvorstand der „Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Vereine Junger Männer Deutschlands – AG der CVJM“ hat den Landesverband Hamburg des CVJM ausgeschlossen. Als Anlaß zum Ausschluß diente die Herausgabe eines „Leitfadens zur Sexualerziehung“ durch den Hamburger CVJM, der gegen den Ausschluß Einspruch erhoben hat.

Der Ausschluß war vor allem auf Betreiben des Gesamtvorstandes des CVJM Hannover zustandekommen. Im Informationsdienst des Landesjugendringes Niedersachsen schreibt Thomas Funke dazu:

„Anfang Juli verabschiedete der Vorstand und Mitarbeiterkreis des CVJM Hamburg den nebenstehenden Leitfaden zur Sexualerziehung. Ein überaus heftiger Proteststurm des Gesamtverbandes war die Folge. Die Boulevardpresse nahm sich des „Machwerkes“, das die „Saure Gurkenzeit“ so schön bereicherte, freudig an. Orgien wurden an die Wand gemalt. Unzucht quoll aus allen Lettern, der Untergang des Abend-

landes stand mal wieder kurz bevor. Der Gesamtvorstand des CVJM bemühte gar den christliche Glauben und stellte mit „Betroffenheit“ fest: „Die acht Thesen seien mit dem christlichen Glauben unvereinbar.“ Der Gesamtvorstand des CVJM Hannover schob die „bösen Linken“ vor. In einem Brief an die Erziehungsberechtigten von Fahrtenteilnehmern sprach er von „Unterwanderung“ und von linken Gruppen, die die

Macht an sich gerissen hätten. Unterschwellig wurde wieder mal die Kommunismusangst beschworen. Man distanzierte sich so eilig, wahrscheinlich, weil nicht kritisches Durchdenken des Leitfadens geboten schien, sondern eine schnelle emotionale Reaktion, damit man sich wieder in sein Glashaus der schönen, sauberen Welt zurückziehen konnte. Kritisch reflektieren – das schien nicht nötig zu sein.“

Bücher für die Jugendarbeit

„Handbuch für den Gruppenleiter“. Der 3. Baustein des vom Bundesvorstand der SDAJ herausgegebenen „Handbuchs für den Gruppenleiter“ ist erschienen. Der Baustein gibt auf 20 Seiten Vorschläge zum Inhalt und zur Durchführung von Gruppenabenden, Hinweise auf Referenten, Filme, Schallplatten, Bücher, vermittelt die Anschriften von Jugendorganisationen und Vorschläge zu Aktionen. Erhältlich bei: SDAJ-Bundesvorstand, 46 Dortmund, Brüderweg 16, Tel. (0231) 52 43 55.

„Der Leninsche Komsomol“ – Band I (1918-1941) – eine umfassende Darstellung der Ge-

schichte des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion. Band II erscheint in Kürze. Verlag Neues Leben, Berlin, 500 Seiten, DM 13.– Auf Bestellung in allen Buchhandlungen sowie über Brücken-Verlag, 4 Düsseldorf, Ackerstr. 3

„Solidaritätskongreß der Jugend gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg“ – Dokumentation des Kongresses von SDAJ und MSB-Spartakus am 11.9.1971 in Bremen. 126 Seiten, DM 1.– erhältlich über: SDAJ-Bundesvorstand, 46 Dortmund, Brüderweg 16, und MSB-Spartakus, Bundesvorstand, 53 Bonn, Comantstraße 32

„Der Rote Punkt ist stärker“

2000 fordern Freiheit für den roten Punkt

Von Georg Rohde

„Die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Gruppen ist für mich selbstverständlich“, meint Hanspeter Knirsch.

Hanspeter Knirsch ist Vorsitzender der Jungdemokraten in Bochum und Mitglied des Bezirksvorstandes der FDP.

12. Oktober saß er zusammen mit Freddy Braumann und Wolfgang Pfaffmann von den Jungsozialisten und Chris Jacob von der DKP auf dem Podium in der Bochumer Ruhrlandhalle. Ihre Namen stehen für das breite Bündnis, das in den vergangenen Monaten gegen die unsozialen Fahrpreiserhöhungen in vielen Städten der Bundesrepublik gekämpft hat.

Die Fahrpreiserhöhungen sind inzwischen gegen den Widerstand aus der Bevölkerung von oben durchgesetzt worden.

Aber damit nicht genug: Gegen 1 120 Demokraten, die sich am Kampf um soziale Nahverkehrspreise beteiligt hatten, wurden Strafverfahren eingeleitet. Unter ihren Richtern sind solche, die sich schon im Nazi-Deutschland bei der Verfolgung aufrechter Demokraten hervorgetan haben.

Der „Rote Punkt“ hat also noch nicht ausgedient. Im Gegenteil: 1 120 Demokraten vor Gericht brauchen die Unterstüt-

zung der demokratischen Öffentlichkeit. Und wie bei den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen steht der „Rote Punkt“ auch jetzt für die Solidarität aller Demokraten.

Auftakt der Solidarität war die Veranstaltung in Bochum. 2 000 Besucher füllten die Ruhrlandhalle. Vier Mark kostete der Eintritt: Geld für Gerichts- und Rechtsanwaltskosten. Und während der Veranstaltung wurde weitergesammelt. Riesige Postkarten machen die Runde durch die Stuhlreihen. Adressat: Ministerpräsident Heinz Kühn. Die Unterzeichner fordern die Einstellung aller Strafverfahren gegen die Demonstranten des „Roten Punktes“.

Freddy Braumann, Vorsitzen-

der der Jusos in Bochum, wiederholt vor den 2 000 Besuchern die Forderungen des „Roten Punktes“: Übernahme der Nahverkehrskosten durch die Hauptnutznießer, die Konzerne. Beseitigung der Steuerlasten für die Nahverkehrsbetriebe. Abdeckung der vorhandenen Schulden durch Bund und Länder. Keine weiteren Fahrpreiserhöhungen. Senkung der Nahverkehrstarife.

„Wir werden niemals aufgeben, daß soziale Fahrpreise erreicht werden“, sagt Freddy Braumann.

Eine Menge Solidaritätsgrüße werden verlesen: Von „Rote Punkt“-Komitees anderer Städte – z.B. aus Hannover, vom Bundesvorstand der Deutschen Jungdemokraten – unterzeichnet von Ulrich Krüger,

FDP-Landtagsabgeordneter in Hessen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Weitere Grüße kommen vom Landesvorstand der SDAJ, vom Bundesvorstand der Jungsozialisten, von der Landesjugendpresse und von der Naturfreundejugend.

Die Jungdemokraten aus NRW haben 100 Mark gespendet.

Zwischen den Referenten treten Dietrich Kittner, die Conrads und das Straßentheater Interpol auf.

Rechtsanwalt Herbert Lederer verweist auf die Zukunft: Die Solidarität darf nicht als vorübergehende Abendveranstaltung betrachtet werden. Damit der „Rote Punkt“ kein kleines Pünktchen wird, sondern eine rote Lawine: eine unübersehbare Kraft.

Trotz Justizterror – die Fahrpreise müssen runter!





Treibt die braunen Richter raus!

Ehemalige Nazirichter sollen über Demokraten und Antifaschisten urteilen

Von Peter Bubenberger

In bereits über 1 200 Fällen sollen im Ruhrgebiet Aktivisten des „Roten Punktes“ vor die Schranken der Gerichte gezerrt und abgeurteilt werden. Nach dem Willen der Staatsanwälte sollen Richter in Robe und Barett Strafen „Im Namen des Volkes“ gegen diejenigen aussprechen, die sich die Sache des Volkes zu eigen gemacht haben. Im Namen des Volkes? Eben nicht.

Im Namen derer, die ein Interesse daran haben, die demokra-

Dr. Hans Ulrich Hildebrandt



tischen Kräfte des Volkes zu unterdrücken und klein zu halten.

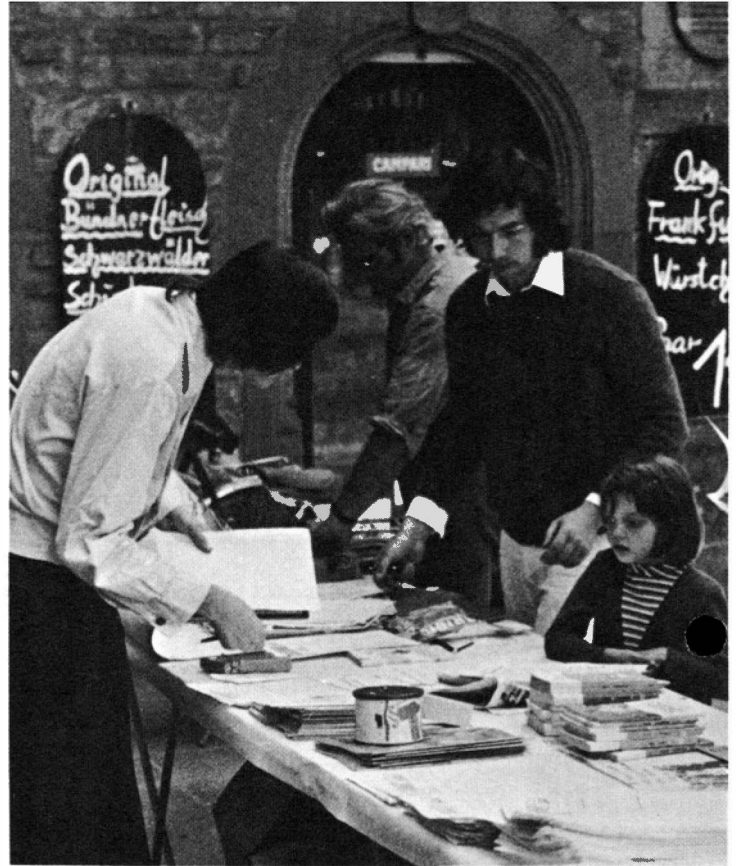
Im Namen des Kapitals und seines Staates also. Das ist die alte Klassenjustiz – ob sich darüber nun jeder Richter oder Staatsanwalt im klaren ist oder nicht.

Nicht wenige dieser Staatsanwälte und Richter haben ihr Handwerk besonders gründlich gelernt und können auf eine „reiche“ Berufserfahrung zurückblicken – zurück bis ins „Dritte Reich“, wo sie im Dienste der Nazis Tausende von Menschen in die Zuchthäuser, KZ's und Gaskammern brachten. In der „Stunde Null“ hatte sie der „neue“ Staat (auf der alten kapitalistischen Grundlage) gerufen – sie waren alle gekommen und haben den Justizapparat wieder in ihre „bewährten“ Hände bekommen. Getreu dem, was sie bei den Nazis gelernt und praktiziert hatten: im Interesse des kapitalistischen Staates gegen das Volk.

Einer von ihnen ist Dr. Hans-Ulrich Hildebrandt, Jahrgang 1909 und bis 1944 an Nazi-Sondergerichten in Greifswald und Stettin als Spezialist für „politische Strafsachen“ aktiv, heute Oberamtsrichter in Castrop-Rauxel. Vor ihm soll sich demnächst Hermann Weidlich, Vorsitzender der DKP in Castrop, „verantworten“. Gemeinsam mit dem Castroper SPD-Vorsitzenden und anderen Demokraten hatte Weidlich eine Versammlung des „Ost-deutschen Grundbesitzer-Verbandes“ gestört und verhindert. Der Altfaschist Hildebrandt, mitbeteiligt an Todesurteilen von Nazigerichten, möchte nur zu gern über Weidlich Gericht halten.

Aber Hildebrandt ist nur einer von vielen Richtern, die dem Nazistat treu dienten und heute wieder „Recht“ sprechen. Mit ihnen werden nicht wenige der Roten-Punkt-Demonstranten zu tun haben.

Wenn junge Arbeiter und Schüler unter der Losung „Reißt die braunen Seiten raus“ gegen den revanchistischen und faschistischen Inhalt von Schulbüchern vorgehen, dann muß jetzt angesichts der Prozeßwelle gegen Demokraten die Forderung heißen: Treibt die braunen Richter raus!



„Solidarisiert Euch mit den Völkern Indochinas!“ Unter diesem Motto rief die SDAJ-Bergstraße die Einwohner von Bensheim auf, die Forderung nach einem Informationsbüro für die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam zu unterstützen. Ungefähr 600 Bürger schlossen sich mit ihrer Unterschrift dieser Forderung an.

„Vom Osten eingeschleust“

Oberstleutnant hetzte – Soldaten wurden arretiert

Von Reinhard Junge

„Verschärfte Ausgangsbeschränkung“ – das ist die zweithärteste Disziplinarstrafe in der Bundeswehr. Der Betroffene bekommt keinen Ausgang, darf keinen Besuch empfangen und keinen Gemeinschaftsraum betreten.

Gleich 21 Tage „verschärfte Ausgangsbeschränkung“ wurde den Marburger Soldaten Pohl und Wagner auferlegt: sie hatten am 22. Juni 1971 in Gießen für die Ratifizierung der

Verträge von Moskau und Warschau demonstriert. Ihr Kommandeur, ein Oberstleutnant namens Wirth, nahm dies zum Anlaß, auf einer Rekrutenverpflichtung im September gegen sie zu hetzen, was mit den Rüstungshaien, mit Strauß und Barzel, nicht durch dick und dünn geht:

„In unserem Staat machen sich mehr und mehr Kräfte breit, vom Osten eingeschleust und unterstützt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen. In Universitäten, Schulen, Gerichten und Behörden sitzen diese Kommunisten bereits in einflußreichen Positionen. Auch in unserem Bataillon gibt es Soldaten, die im Untergrund wühlen und zersetzende Tätigkeit ausüben . . .“

Der Gefreite Otto Wagner (Marburg, Tannenbergs-Kaserne) hatte durch die Ausgangsbeschränkung gerade am eigenen Leibe gespürt, was sein Kommandeur unter „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“ verstand.

Und er unterzeichnete ein Flugblatt, in dem es hieß: „Diese

Ansichten sind nicht neu. Man benutzte sie schon einmal, um Demokraten, Kommunisten und Christen in Konzentrationslagern zu ermorden. Wir brauchen keinen Bataillonskommandeur, der junge Soldaten auf den ‚Fall Rot‘ dressiert: Treten Sie zurück!“

Oberleutnant Wirth verstand diese Aufforderung, wie alle Militaristen, bewußt falsch: er verdonnerte Otto Wagner zu 21 Tagen Arrest. Und weil ihm inzwischen zu Ohren gekommen

● daß Wagner am Bremer Solidaritätskongreß in Uniform teilgenommen hatte, verhängte er die gleiche Strafe wegen „Tragens der Uniform auf einer politischen Veranstaltung“ sofort ein zweites Mal. Gegen diesen Gesinnungsterror haben bereits zahlreiche Marburger Bürger protestiert. So der Arbeitskreis Demokratischer Soldaten sowie der Sozialdemokratische Hochschulbund, der MSB Spartakus und der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Marburg.

Daß das Vorgehen dieses Bataillonskommandeurs kein Alleingang ist, beweisen mehrere andere Fälle:

● 5 Tage Arrest wurden über den Panzerschützen Peter Merten (4936 Augustdorf, 1. Pz Aufkl.Btl 7) verhängt, weil er ● 21. August auf der DKP-Jugendkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen in Uniform teilgenommen hatte. Zahlreiche Kameraden wurden über-

dies von Schnüfflern des Militärischen Abschirmdienstes verhört.

● „Wenn ich in Zivil wäre hätte ich euch schon längst zusammengeschlagen“, drohte der Oberfeldwebel Schilling aus Unna, als Mitglieder der SDAJ vor der Hellweg-Kaserne die Soldatenzeitung „Links Um“ verteilten.

● 7 Tage Arrest mußte „Links Um“-Mitherausgeber Frieder Möller bereits Anfang Oktober absitzen.

● Für 12 Tage soll nun der Gefreite Günter Gleising (4401 Handorf, 4./Fla Btl 7) in Arrest, weil er am 1. September in Uniform auf dem Forum „Jugend gegen Militarismus“ in Bochum gesprochen hatte.

Wie man wirksame Solidaritätsaktionen mit verurteilten Demokraten in Uniform durchführt, das haben inzwischen die Jugendlichen in Kassel bewiesen, wo der Gefreite Michael Pfaab für 21 Tage arrestiert wurde.

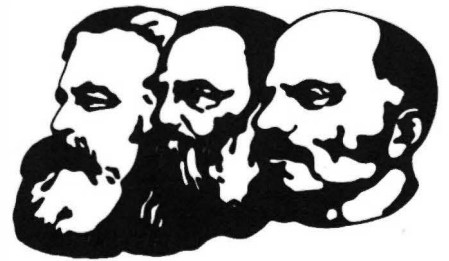
Ein „Freilassungskomitee Michael Pfaab“ organisierte eine Protestversammlung und eine Demonstration durch die Innenstadt. Solidarisch erklärten sich zwei Schulklassen, mehrere Kasseler Lehrer, das DGB-Lehrlingszentrum und 21 Soldaten des Versorgungsbataillons 46. Und in Michael Pfaabs Arrestzelle stapelten sich über 800 Postkarten – deutlicher Beweis für das Echo dieser antimilitaristischen Aktion in der Kasseler Bevölkerung.

Trotz Bestrafungsterror – Demokratie muß in die Bundeswehr



unsere zeit
UZ
sozialistische
volkszeitung

Dahinter stecken kluge Köpfe.



Dahinter steckt Erfahrung. Dahinter steckt die marxistische Arbeiterpartei, die DKP. In jeder Nummer der UZ: die Konzernpolitik wird entlarvt, die Situation an Schulen und Hochschulen wird durchleuchtet. Und was genau so wichtig ist: Anleitung zum Handeln für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede Woche.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – für ein Jahr zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50

Unterschrift _____

Name _____

Wohnort _____

Straße _____

Absenden an Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg-Beeck, Pothmannstraße 12



Foto des Jahres gesucht

Elan-Leser machen mit beim „Prawda“-Wettbewerb

Von Werner Winter

„Pionierskaja Prawda“ heißt die Zeitung der sowjetischen Kinderorganisation. Die „kleine“ Prawda hat die Kinder in aller Welt zu einem Foto-Wettbewerb aufgerufen.

Das ist übrigens schon der zweite Wettbewerb dieser Art. Im Frühjahr 1968 hatten sich insgesamt 22 Länder daran beteiligt. Die besten Fotos wurden in einer Ausstellung veröffentlicht.

Jetzt führt die Zeitung den II. Internationalen Kinder-Foto-Wettbewerb „Sorkij-Drushba-50“ durch.

Jeder kann bis zu 20 schwarz-weiß bzw. Farbfotos einschicken. Die Abzüge dürfen nicht kleiner als 13 x 18 cm sein und müssen unbedingt mit Negativen versehen werden. Das Negativ soll in eine Plattenhülle gesteckt und auf die Rückseite des entsprechenden Abzuges geklebt werden. Auf der Rückseite jedes Fotos müssen folgende Angaben stehen: 1. Bildunterschrift oder Erläuterungstext, 2. Name und Vorname, 3. Geburtsdatum, 4. Schule und

Klasse und 5. die genaue Anschrift.

Die Fotos können bis zum 30. November an die Redaktion der Zeitung „Pionierskaja Prawda“, Sutschowskaja Str. 21, GSP, Moskau A-30, UdSSR, eingeschickt werden. Der Umschlag ist mit dem Vermerk „Sorkij Drushba-50“ zu versehen.

Aber auch die „große“ Prawda schreibt jedes Jahr einen Foto-Wettbewerb aus. Die besten Fotos werden regelmäßig in der Zeitung veröffentlicht.

Das Thema der Fotos kann jeden Bereich des Lebens und der Tätigkeit des Menschen der siebziger Jahre widerspiegeln. Der Fotowettbewerb „Prawda-71“ soll ein Querschnitt durch den Kampf der Völker für Frieden und sozialen Fortschritt werden. Für die Sieger des Wettbewerbs werden folgende

Preise gestiftet: 1. Preis – eine Zweiwochenreise durch die Sowjetunion. Zwei zweite Preise zu je 250 Rubel und sechs dritte Preise – Bildkameras „Zenit E“. Außerdem wurden Preise zu je 150 und 100 Rubel für die besten Arbeiten zu folgenden Themen gestiftet: Porträt eines Zeitgenossen; Fotoreportage vom Schauplatz der Ereignisse; Mensch und Natur; Sport.

Jeder Teilnehmer darf eine beliebige Anzahl von Arbeiten einsenden. Nur Schwarz-Weiß-Bilder, nicht kleiner als 18 x 13 cm. Die Bilder sollen mit einer kurzen Überschrift, mit Aufnahmezeitpunkt, Name und Anschrift versehen werden.

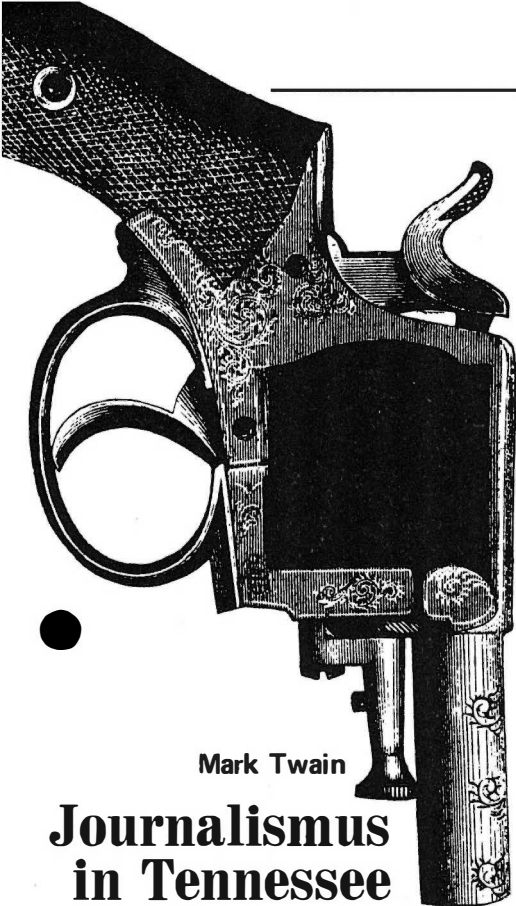
Einsendeschluß ist der 1. Dezember 1971. Adresse: UdSSR, Redaktion der Zeitung „Prawda“, Moskau A-47, Uliza Prawda 24. Also: Macht mit. Und viel Erfolg!

| | | | |
|--------------------------|------|------|---|
| | | | <p>Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verdammt es noch einmal zu erleben. George Santayana</p> |
| Verführte Jugend | 1937 | 1945 | 1971 |
| | | | <p>Mord beginnt beim bösen Wort über den Mitmenschen. Bischof D. Kurt Scharf</p> |
| Der Sündenbock | 1933 | 1945 | 1968 |
| | | | <p>Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten. Bertolt Brecht</p> |
| Siegreich wollen wir ... | 1939 | 1945 | 19.. |

8 Die Geschichte lehrt: wehrt den Anfängen!

20 Blätter (DIN A 3) zum Thema „Friedensdienst“ zeigt eine Ausstellung der Aktion Sühnezeichen. Sie soll in Jugendzentren, Gemeinden, Schulen und bei Aktionen gezeigt werden. Diese Ausstel-

lung ist für 35 DM käuflich zu erwerben und auf Pappe aufgezogen auszuleihen für 30 DM bei der Aktion Sühnezeichen, 1 Westberlin 12, Lebensstr. 1.



Mark Twain

Journalismus in Tennessee

Der Arzt empfahl mir für meine Gesundheit ein südliches Klima. So fuhr ich hinunter nach Tennessee und fand dort meinen Unterhalt als Mitherausgeber von Glory & Johnsons „Allmorgendlicher Kriegsruf“.

Als ich zum erstenmal zu meiner Arbeitsstätte ging, traf ich den Chefredakteur zurückgelehnt in einem dreibeinigen Stuhl und mit den Füßen auf dem Fichtentisch an. Es waren noch ein zweiter Fichtentisch und ein zweiter wackliger Dreifuß vorhanden. Beide waren mit Zeitungen, Konzeptpapier und Stößen von Manuskripten besetzt. Ferner war ein Sandkasten zu sehen, der mit Zigarrenstummeln und allerlei Überbleibseln besät war, und ein Ofen, dessen Tür am oberen Scharnier baumelte.

Er bat mich, die Austauschblätter vorzunehmen, sie zu durchqueren und das Interessante zu einem Artikel unter dem Titel „Der Geisteszustand der Tennessee-Presse“ zusammenzufassen.

Ich schrieb das Folgende:

Der Geisteszustand der Tennessee-Presse

Die Herausgeber von „Das halbwöchentliche Erdbeben“ befinden sich über die Ballyhack-Eisenbahn zweifellos im Irrtum. Die Baugesellschaft denkt nicht daran, Buzzardville links liegenzulassen. Im Gegenteil, sie hält diese Stadt für einen der wichtigsten Orte an der ganzen Linie und wird sie keinesfalls benachteiligen. Zweifellos werden die Herren vom „Erdbeben“ dies gern richtigstellen.

John W. Blossom, der rüstige Herausgeber des Higginsviller „Donnerkeil und Feldgeschrei der Freiheit“ traf gestern in unserer Stadt ein und hat im Van-Buren-Hause Wohnung genommen.

Wir stellen fest, daß unser Kollege von Mud Springs „Schrei des Erwachens“ fälschlich annimmt, daß die Wahl von van Werter noch nicht endgültig sei. Sicherlich wird er seinen Fehler schon von selbst bemerkt haben, bevor ihn diese Notiz noch darauf aufmerksam machte. Ohne Zweifel hat er sich durch die vielen ungültigen Wahlen der letzten Zeit irremachen lassen.

Der Chefredakteur überquerte mein Manu-

skript und zog eine finstere Miene. Je weiter er las, um so unheilvoller wurde sein Gesicht. Plötzlich sprang er auf und rief: „Blitz und Hagel! Haben Sie im Ernst angenommen, daß ich über dieses Viechzeug in solchen Tönen schreiben werde? Ja, denken Sie denn, daß meine Abonnenten sich einen solchen Haferschleim gefallen lassen? Feder her!“

Nie zuvor hörte ich eine Feder derartig zornig kratzen und schrammen. „So jetzt sehen Sie sich mal an, wie Sie so etwas schreiben müssen.“

Jetzt las sich die Sache folgendermaßen:

Der Geisteszustand der Tennessee-Presse

Die hartnäckigen Lügenmäuler vom „Halbwöchentlichen Erdbeben“ strengen sich sichtlich an, unsere edle, vornehm denkende Bevölkerung wieder einmal mit einer ihrer schurkischen und rücksichtslosen Falschmeldungen hinters Licht zu führen. Diesmal handelt es sich um jene nicht genug zu rühmende Unternehmung des neunzehnten Jahrhunderts, nämlich um die Ballyhack-Eisenbahn. Die Ansicht daß Buzzardville links liegenbleiben würde, ist nirgendwo anders als aus ihren schlüpfrigen Gehirnen entsprungen oder richtiger noch: aus jenem Hinterhalt, der Leuten dieser Sorte das Gehirn ersetzt.

Blossom, der alte Esel vom Higginsviller „Donnerkeil und Feldgeschrei der Freiheit“, ist auch wieder mal da und maikäfer im Van Buren.

Wir stellen fest, daß der idiotische Schmierfink des Mud Spring „Schrei des Erwachens“ mit seinem bekannten Hang zur Unwahrheit die Behauptung ausstreut, daß van Werter nicht gewählt worden sei. Die von Gott gegebene Aufgabe des Journalismus ist: die Wahrheit zu verbreiten, die Lüge auszumerzen, die öffentlichen Sitten und Gebräuche zu kritisieren und zu verfeinern und alle Welt edler, tugendhafter, mitleidiger und also auf jede Weise besser, frommer und glücklicher zu machen. Diese schwarze Seele von einem Schandbuben jedoch mißbraucht seine hohe Mission unaufrichtig zur Verbreitung von Lügen, Niederträchtigkeiten, Verunglimpfungen und Gemeinheiten.

„So, sehen Sie! Das ist Journalismus! Gepfeffert und immer den Nagel auf den Kopf getroffen. Von Ihrer Kindergrütze bekommt man ja die Masern!“

In diesem Augenblick kam ein Ziegel mit Gekrach und Gesplinter durch das Fenster geflogen und gab mir einen kräftigen Puff in den Rücken. Ich überschlug mich, wenigstens kam es mir so vor.

„Das war sicherlich der Oberst“, sagte der Chef. „Erwartete ihn schon vorgestern. Passen Sie auf, gleich wird er reinkommen.“ Und richtig. Eine Minute später erschien der Oberst mit einer Reiterpistole im Türrahmen. „Mein Herr“, fragte er in das Zimmer, „habe ich den zweifelhaften Vorzug, die Memme vor mir zu sehen, die dieses Stinkblatt herausgibt?“

„Ganz recht. Bitte, setzen Sie sich. Aber passen Sie auf, der Stuhl hat nur noch drei Beine. Soviel ich weiß, habe ich das Vergnügen, den verkommenen Lügenbold Oberst Blatherskite Tecumseh zu begrüßen?“

„Sehr wohl, mein Herr. Ich habe mit Ihnen ein Hühnchen zu rupfen. Hoffentlich haben Sie ein wenig Zeit?“ „Ich muß zwar einen Artikel über den ‚Beschwingenden Fortschritt der Moral und intellektuellen Aufklärung in Amerika‘ schnell fertigmachen. Doch das ist nicht so eilig. Fangen wir an.“

Beide Pistolen ließen ihren kriegerischen Lärm zur gleichen Zeit erdröhnen. Die Kugel des Obersten raubte dem Chef eine Locke und blieb in einem meiner vier

Buchstaben stecken. Der Oberst wiederum wurde leicht an der linken Schulter gestreift. Zweiter Kugelwechsel. Diesmal gingen beide Schüsse daneben. Beim drittenmal wurden die beiden Schützen leicht verwundet, mir wurde ein Knöchel geschliffen.

Sie unterhielten sich über die Wahlen und über den Stand der Ernte, indessen sie ihre Revolver erneut luden. Ich betupfte währenddem meine Wunden. Dann eröffneten sie wieder das Feuer. Fünf Kugelwechsel. Fast jedesmal bekam ich etwas ab. Beim sechsten Schuß wurde der Oberst tödlich getroffen. Mit feinem Witz bemerkte er, daß er sich nun leider verabschieden müsse, da er dringende Besorgungen in der Stadt zu erledigen hätte. Er ließ sich die Adresse des Bestattungsinstituts nennen und trollte sich.

Der Chef wandte sich an mich und sagte: „Ich erwarte Tischgäste und muß deshalb pünktlich sein. Seien Sie so gut, die Büstenabzüge zu korrigieren und die Abonnenten abzufertigen.“

„Übrigens“, so fügte er noch hinzu, „Jones wird gegen drei Uhr kommen. Verhauen Sie ihn mit der Peitsche. Und später wird wahrscheinlich Gillespie erscheinen. Schmeißen Sie ihn aus dem Fenster. Und Ferguson, der sich um vier etwa zeigen dürfte, können Sie töten. Das wäre, soweit ich übersehen kann, für heute alles. Wenn Sie noch freie Zeit haben sollten, so schreiben Sie doch bitte etwas, das tüchtig Blasen zieht, gegen die Polizei.“

Der Ochsenziemer liegt unterm Tisch, Waffen finden Sie im Schubfach, Munition dort drüben in der Ecke, Scharpie und Binden in der Kartothek. Sollte Ihnen etwas zustoßen, so gehen Sie zu Lancet, dem Wundarzt, eine Treppe tiefer. Wir arbeiten mit ihm auf Gegenseitigkeit... er darf bei mir kostenlos inserieren.“

Damit ließ er mich allein. Ich klapperte mit den Zähnen. In den nächsten drei Stunden hatte ich solch schreckliche Gefahren zu bestehen, daß es mit meiner Gemütsruhe und mit meinem Frohsinn für lange vorbei war. Gillespie kam hereingelärrt. Jedoch war ich es, der aus dem Fenster geworfen wurde. Auch Jones kam pünktlich, wand mir den Ochsenziemer aus der Hand und verprügelte mich. Dann kamen zwei Fremde, die nicht weniger sanft mit mir verfahren, und zuletzt ein ganzer Haufen von Herausgebern, Schmugglern, Politikern und Banditen, die entsetzlich wüteten und fluchten und mit ihren Waffen herumfuchtelten. Jetzt war ich mürbe. Ich beschloß, meine Stellung an der Zeitung aufzugeben, sobald der Chef wieder da war.

Er erschien mit einem Schwarm übermütiger und kampflustiger Freunde. Keines Menschen Feder ist fähig, den Tumult und das allgemeine Gemetzel zu beschreiben, das nun folgte. Die Leute schossen und stachen und traten aufeinander und warfen sich gegenseitig aus dem Fenster. Fünf Minuten später war alles vorbei. Grabesstille. Der bluttriefende Chef und ich blieben allein zurück und blickten auf ein Trümmerfeld.

Er sagte: „Wenn Sie sich erst eingelebt haben, wird es Ihnen hier sicherlich gefallen.“

(gekürzt)

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“

Während Willy Brandt mit Leonid Breschnew in Oreanda konferierte, besuchte elan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke auf Einladung des sowjetischen Komitees der Jugendorganisationen (KMO) Moskau und Leningrad. Hier einige Eindrücke von seiner Reise.

Leningrad, die Millionenstadt an der Newa, erreichen die meisten Besucher aus Moskau schlafend. In bequemen Schlafwagenabteilen rollt der Gast der Wiege der russischen Revolution entgegen. Keine andere Stadt kann auf eine Geschichte zurückblicken, die das Gesicht dieser Welt so nachhaltig verändert hat. Die Schüsse des Kreuzers „Aurora“, der Sturm auf das Winterpalais in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober 1917 waren Signale für die Geburtsstunde des ersten sozialistischen Staates der Welt.

Mit Begeisterung sah die ganze fortschrittliche Menschheit auf Petrograd (so hieß die Stadt damals noch). Und mit Haß und Rachegehlüsten sahen Imperialisten und Reaktionäre aller Staaten, daß hier Wirklichkeit zu werden begann, was sie am meisten fürchteten: die Macht des Volkes.

In den folgenden Jahrzehnten wurde Leningrad zum blühenden Symbol der Macht von Arbeitern und Bauern. Bis dann im Juni 1941 die Reaktion ihre Chance sah, das Rad der Geschichte zurückzudre-

hen: Hitler-Deutschland überfiel die Sowjetunion. 900 Tage lang belagerte die Wehrmacht Leningrad – und konnte die Stadt doch nicht erobern. Hitler befahl Leningrad auszuhungern, dem Erdboden gleichzumachen. 900 Tage lang wurde dieser Befehl befolgt. Das Ergebnis: 600 000 Leningrader verhungerten während der Blockade; Kinder, Frauen, Greise und Soldaten wurden von Bomben und Granaten zerfetzt. Aber den Widerstand der Leningrader konnten die deutschen Faschisten nicht brechen. Leningrad blieb unbesetzt.

„Wir wollen neue Städte bauen“

Auf dem Leningrader Heldenfriedhof sind die Opfer der Blockade in endlos langen Massengräbern beigesetzt. Frische Blumen liegen auf Steinen, in die Jahreszahlen eingemeißelt sind: 1941, 1942, 1943 . . .

Ein Monument aus Stein erinnert an den Kampf und die Leiden dieser unbesiegbaren Stadt. Während ich hier gemeinsam mit jungen Journalisten aus vier Erdteilen einen Kranz niederlege, beginnt weit unten im Süden der Sowjetunion ein Treffen von welthistorischer Bedeutung. Willy Brandt ist in Oreanda auf der Krim eingetroffen. Mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breschnew, wird er einen „Meinungsaustausch über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD und über die Möglichkeiten ihrer Entwicklung“ führen – so heißt es im nachfolgenden Kommuniqué des Treffens.

Gespannt warten die Leningrader auf Nachrichten aus Oreanda. Sie haben ihre Stadt wieder aufgebaut. Moderne Neubauten sind entstanden, aber auch die berühmten Kulturdenkmäler der Vergangenheit wurden liebevoll und originalgetreu rekonstruiert.

Wolodja, Student an der Leningrader Universität, sagt mit etwas, was eigentlich alle Menschen in der Sowjetunion heute bewegt: „Weißt du, wir wollen unsere Städte nicht immer wieder aufbauen. Wir wollen neue Städte bauen.“ Und er stellt mir eine Frage, die ich in diesen Tagen von jungen und älteren Arbeitern, von Schülern und Studenten immer wieder gestellt bekomme: „Warum wird bei euch in der Bundesrepublik der Vertrag zwischen unseren Staaten nicht ratifiziert?“ Für Wolodja und alle anderen ist es unvorstellbar, daß ein ehrlicher Mensch nicht alles tut, um dem Frieden zu dienen.

Junge Journalisten aus vier Erdteilen legen auf dem Leningrader Heldenfriedhof einen Kranz nieder.



Verteidigungsausgaben sollen im nächsten Jahr um 2,4 Milliarden DM steigen

Bundeswehr will ihre Werbung um Nachwuchs verstärken

Von unserem Korrespondenten

St. Bonn, 12. Oktober

Ausgaben in einer Höhe von 24,2 Milliarden DM sieht der Haushaltsplan des Verteidigungsministers Helmut Schmidt für das Jahr 1972 vor. Der Etat-Plan wurde am Dienstag den Bundestagsabgeordneten zugestellt und

soll in der kommenden Woche gemeinsam mit anderen Einzelplänen der Bundesregierung im Parlament beraten werden. Im Vergleich zu 1971 sollen die Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr um 2,4 Milliarden DM steigen.

Die Welt vom 13.10.71

„Warum steigt der Rüstungsetat?“

so sprechen wir darüber, daß die endgültige Unterzeichnung des Moskauer Vertrages durch den Bundestag sowohl den Menschen in der Bundesrepublik nützt wie denen in der Sowjetunion und in allen anderen Staaten. Weil dadurch der Frieden sicherer werden könnte.

„Die Unterschrift unter dem Vertrag ist natürlich nicht alles“, gibt Wolodja zu bedenken. „Der Vertrag muß mit Leben erfüllt werden. Der Inhalt dieses Dokuments muß lebendig werden in eurem Land.“

Wolodja ist gut informiert über die Bundesrepublik: „Obwohl der Moskauer Vertrag da ist, steigt der Rüstungsetat bei euch ständig weiter an. Und ein Mann ist Vertei-

digungsminister, der sich Sozialdemokrat nennt. Wer bedroht denn die Bundesrepublik? Glaubt bei euch etwa jemand das Märchen von den ‚kriegslüsternden Russen‘? Oder daß wir die Revolution in die Bundesrepublik exportieren wollen?“

Ich antworte ihm, daß es Leute bei uns gibt, die so etwas glauben. Daß es aber vor allem Leute gibt, die antisowjetische Hetze diesen Inhalts verbreiten. Nur daß sie alles viel feiner und raffinierter formulieren.

Wolodja nickt. Er ist informiert über den Springer-Konzern. Über Strauß und Barzel. Und über die mächtige Rüstungsindustrie, die nur bei Feindschaft und Mißtrauen zwischen den Völkern Riesenprofite machen kann. Und er hat Recht, wenn er sagt: Karl Liebknechts Ausspruch trifft auf die Bundesrepublik immer noch uneingeschränkt

zu: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Der Feind steht rechts!“

Der Feind steht rechts!

Willy Brandt hat in Oreanda erklärt, daß auch sein Ziel die schnelle Ratifizierung des Moskauer Vertrages sei. Und daß er die Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz beschleunigen wird. Auch sprach er sich für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung aus.

Das sind gute Worte. Doch kaum war das Kommuniqué von Oreanda veröffentlicht, brachte die Presse der Bundesrepublik Schlagzeilen, die sich ganz anders anhörten: „Verteidigungsausgaben sollen im nächsten Jahr um 2,4 Milliarden DM steigen.“ Wie läßt sich dieser Plan der Bundesregierung mit den verpflichtenden Erklärungen von Oreanda vereinbaren? Wie mit dem Inhalt des Moskauer Vertrages? Ich denke an die 600 000 toten Helden in Leningrad. Ich denke an die wiederaufgebaute Stadt, an ihre gastfreundlichen, aufgeschlossenen Bürger. Den Toten und den Lebenden sind wir es schuldig, alles im Kampf gegen den Hauptfeind der Menschheit zu tun: gegen den Imperialismus. Und zwar in unserem Land. Jeder an seinem Platz. Wir müssen die Lügen des Antisowjetismus zerfetzen, ebenso wie jede nationalistische Demagogie. Wir müssen klarmachen: der Arbeiter in Leningrad steht uns so unendlich viel näher als Strauß, Barzel und ihre Hintermänner.

Preis ausschreiben

● FORUM EUROPA 71

des POLNISCHEN RUNDFUNKS gemeinsam mit den Rundfunkanstalten BULGARIENS, der DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, RUMÄNIENS, der SOWJETUNION, der TSCHECHOSLOWAKEI und UNGARNS. Zu gewinnen sind

10-tägige Reisen durch Polen zahlreiche andere wertvolle Sachpreise und Souvenirs

Ihre Antwort auf die nachstehenden Fragen berechtigt zur Teilnahme an der Preisverlosung:

1. Wie ist Ihre Einstellung zum Vorschlag der sozialistischen Länder, eine Konferenz über die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit einzuberufen und was erwarten Sie von dieser Konferenz?
2. Welche Persönlichkeiten Ihres Landes haben sich besonders für die Sache des Friedens verdient gemacht und auf welche Art?

Senden Sie Ihre Antwort, Einsendeschluß: 31.12.1971 (Datum des Poststempels) an:

POLSKIE RADIO, Warschau 1, Box 46, Polen — Preis ausschreiben

Die Ergebnisse des Preis ausschreibens werden am 31. Januar 1972 in allen Sendungen des Auslandsprogramms des Polnischen Rundfunks bekanntgegeben.

Die Reise der Hauptgewinner durch Polen findet zu einem vom Polnischen Rundfunk festgelegten Zeitpunkt statt.

Viel Glück bei der Verlosung!

POLSKIE RADIO

„Angelas Kampf ist unser Kampf“

Von Hans-Jörg Hennecke

Fania und Felicia sind in der Bundesrepublik Gäste der SDAJ. Ihre vom Weltbund demokratischer Jugend (WBDJ) organisierte Reise führte sie bisher durch Frankreich, Italien, Belgien und England. Und diese Reise wird weitergehen. Nach der Bundesrepublik stehen die DDR, CSSR, Ungarn, Finnland, Sowjetunion und Tansania auf dem Programm.

Fania sagte uns dazu: „Mein Ziel ist es, das Leben meiner Schwester zu retten. Denn nur eine breite Bewegung ist noch in der Lage, etwas für die Rettung von Angela zu tun. Das ist nicht nur ein Fall für die politische Linke. Das geht jeden an, der für den Frieden, gegen die US-Aggression in Vietnam ist.“

Das ist auch keine interne Angelegenheit der USA, denn mit diesem Prozeß werden humanitäre Grundwerte angegriffen wie die Freiheit und der Frieden.“

Fania und Felicia sind schon seit Jahren aktiv in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Und wie Angela gehören sie der Kommunistischen Partei der USA an.

Von der Gaskammer bedroht

Um die Freunde Angelas zu informieren, um die Solidaritätsbewegung für die Befreiung ihrer von der Gaskammer bedrohten Schwester zu stärken, spricht Fania auf Kundgebungen in Frankfurt, Opladen, Essen und Hannover. In Dortmund besucht sie den Büchershop Angela Davis des Weltkreis-Verlages und stellt sich dort den Fragen von Pressevertretern und interessierten Jugendlichen. Der verpflichtende Name des Büchershops zeigt einen Teil dieser weltumspannenden Kraft, die sich unter dem

Frankfurt-Flughafen, Empfangshalle. Vor der Zollabfertigung ein Spalier von roten Fahnen und Postern mit dem Porträt der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin Angela Davis. Im Hintergrund ein aufmerksam beobachtender US-Offizier. Dann: Blitzlichter, Beifall und Sprechchöre: „Freiheit für

Angela!“ Strahlend erscheinen zwei junge, farbige Amerikanerinnen, werden sofort von einer Traube junger Leute umringt. Fania Davis (24), Schwester von Angela, ist eingetroffen. Sie wird begleitet von Felicia Coward, Vertreterin des amerikanischen „Bundes junger Arbeiter für die Befreiung“.



Bekenntnis „Angelas Kampf ist unser Kampf“ zusammengefunden hat. Und überall, wo Fania die Solidarität und Sympathie von Angelas zahllosen Freunden trifft, folgt sogleich die Frage nach dem Gesundheitszustand der inhaftierten Kämpferin.

„Angela fühlt sich immer noch stark, weil sie eine Massenbewegung an ihrer Seite weiß.“

Fania antwortet: „Angelas Gesundheitszustand ist sehr schlecht. Ihre Sehkraft nimmt ständig ab. Das ist zurückzuführen auf ihre Inhaftierung in einer tagelichtlosen Einzelzelle. Angela hat sehr an Gewicht verloren. Ihre Verpflegung wird von Tag zu Tag schlechter. Von allen anderen Gefangenen wird sie isoliert. Trotzdem fühlt sich Angela immer noch stark, weil sie eine Massenbewegung an ihrer Seite weiß.“

In San Rafael gibt es keinen fairen Prozeß

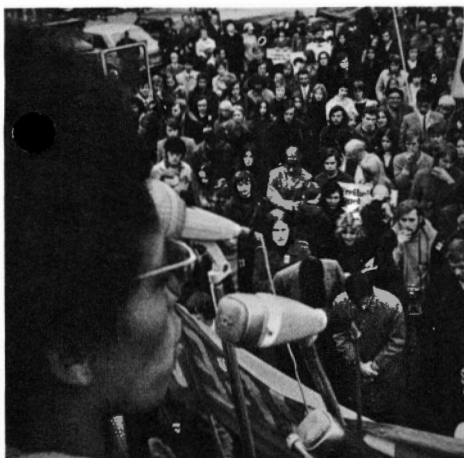
Ein genauer Termin für den Prozeßbeginn steht immer noch nicht fest. Angelas Verteidiger versuchen, den Prozeß von San Rafael nach San Francisco zu verlegen.

Fania erklärt den Grund: „In San Rafael, einem der reichsten Orte in den Vereinigten Staaten mit einer kleinen farbigen Minderheit, dessen Richter alle mit dem im August 1970 erschossenen Richter befreundet waren, kann es für Angela keine faire Verhandlung geben. Unter der dortigen Bevölkerung gibt es nicht genug Menschen, die als Geschworene in Frage kommen. Denn nach amerikanischem Recht müssen sie sich aus der gleichen sozialen und wirtschaftlichen Schicht zusammensetzen, der die Angeklagte entstammt. Nicht ein Farbiger ist als Geschworener aufgeboden. Das soll nun natürlich nicht bedeuten, daß allein durch die Verlegung des Prozesses ein fairer Prozeß garantiert wäre.“ Fania berichtet, daß die Solidaritätsbewegung in den USA selbst immer stärker wird.

„Die von der Regierung aufgetischten Lügen über die Aggression in Vietnam wur-

Fania im Büchershop Angela Davis des Weltkreis-Verlages in Dortmund.

Großkundgebung in Opladen



den durch die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere entlarvt. Das hat zu einem

„Wenn wir genug Druck ausüben, wird Angela freikommen.“

großen Umschwung in der öffentlichen Meinung geführt. Ein weiteres tat der Aufstand im Gefängnis Attica und der darauf folgende Mord an Gefangenen.

Inzwischen haben sich 150 lokale Ausschüsse in den USA gebildet, die sich der Betreuung von politischen Gefangenen widmen. Uns allen ist klar, wenn es nicht gelingt, Angela Davis zu retten, wird das auch bei anderen politischen Gefangenen nicht gelingen.“

Druck auf Nixon ausüben

Obwohl inzwischen 100 000 Dollar als Kautions für die Freilassung von Angela angeboten wurden, lehnt das Gericht ab. Fania hat eine ganze Palette von Vorschlägen parat, wie der Kampf auch in der Bundesrepublik weitergeführt werden kann.

„Wir müssen Wandzeitungen herausgeben, Poster aushängen, Flugblätter herstellen und verbreiten, Unterschriften für die Befreiung von Angela sammeln, Briefaktionen organisieren. Jedes Mittel muß eingesetzt werden, um so viel Druck auf Nixon auszuüben, daß wenigstens im Gerichtssaal Gerechtigkeit herrscht.“



Daß die Solidaritätsbewegung für Angela auch in unserem Land zusehends an Breite gewinnt, zeigt das Solidaritätsmeeting mit Fania in Hannover. Mitveranstalter dieses Meetings waren:

Die ASten von TU, Med. Hochschule, Päd. Hochschule und Tierärztl. Hochschule; DFU, DKP, Amnesty International, Evangelische Studentengemeinde, Falken, Landesrat der Friedensfreunde, Jugendvertretung der Continental-Gummiwerke, Jugendvertretung der Rheinstahl Hanomag, SDAJ, SHB, MSB-Spartakus, Vietnam-Komitee, VVN, WFFB sowie der Kabarettist Dietrich Kittner, die Professoren Kleist, Negt und Seifart, die Soldaten Kavalun und Pohlmann.

Fania Davis: „Mein Ziel ist es, das Leben meiner Schwester zu retten.“

Zur politischen Solidarität muß auch die materielle kommen. Geldspenden für Angelas Verteidigung werden erbeten auf das Sonderkonto „Solidarität für Angela Davis“, Helmut Bublitz, Bank für Gemeinwirtschaft, Gelsenkirchen, Konto 10 736 033. Angelas Freiheit hängt von unserem gemeinsamen Kampf ab. Das bekräftigte auch Fania, als sie uns zum Abschluß ihres dreitägigen BRD-Aufenthaltes versicherte: „Wenn wir genug Druck ausüben, wird Angela freikommen!“

Rettet Angela Davis jetzt —

Nach über einem Jahr ungerechtfertigter Kerkerhaft soll am 1. November 1971 in San Rafael (Kalifornien) der Prozeß gegen die farbige Professorin, Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis eröffnet werden.

Während sich die unmittelbaren Vollstrecker der Mordbefehle der Nixon-Regierung, Medina und Calley, in Freiheit befinden oder lediglich unter Hausarrest stehen, werden die besten Söhne und Töchter des anderen Amerika in tageslichtlosen Isolierzellen gefangengehalten. Für ihrer aller Schicksal steht heute ein Name: Angela Davis!

Die einjährige Untersuchungshaft konnte die Nichtschuld von Angela Davis nicht erschüttern. Nach wie vor beruht die Anklage nur auf einer Konstruktion, nämlich der Behauptung, sie habe Waffen gekauft, die dann später beim Überfall auf das Gerichtsgebäude der Marin County von einem jungen Mann, der zeitweilig Angelas Leibwächter war, verwendet worden seien. Es gibt nicht einen einzigen Beweis, daß Angela Davis von dieser Verzweigungstatakt gewußt oder gar die Waffen dazu geliefert hätte.

In Wirklichkeit soll stellvertretend mit dem Prozeß gegen Angela Davis die ständig wachsende Bewegung in den USA für die Beendigung der Aggression gegen die Völker Vietnams, Laos und Kambodschas, für volle Bürgerrechte und gegen die zunehmende faschistische Entwicklung getroffen und zum Schweigen gebracht werden. Vom ersten Tag der Inhaftierung von Angela Davis an haben sich in der ganzen Welt immer mehr Jugendliche eingereiht in die Bewegung „Freiheit für Angela Davis“. Auch die Aktionen der letzten Zeit in der BRD unter dem Motto „Freiheit für Angela Davis — Amis raus aus Indochina“ haben gezeigt, daß immer größere Teile der Jugend in der Bundesrepublik entschieden den Terror der Nixon-Regierung nach innen und nach außen ablehnen.

Nach wie vor schwebt Angela Davis in Lebensgefahr. Die unterzeichnenden Jugendorganisationen rufen die Jugend der Bundesrepublik auf:

- Verstärken wir jetzt unsere Aufklärung über den Prozeß gegen Angela Davis!
- Verstärken wir unsere gemeinsamen und solidarischen Aktionen zur sofortigen Freilassung — Rettet Angela Davis jetzt!
- Verstärken wir die Kampagne zur Beendigung der US-Aggression gegen die Völker Indochinas!
- Spendet für die Verteidigung Angela Davis!

Dieser Aufruf wurde bisher unterzeichnet von: VDS-Bundesvorstand; SDAJ-Bundesvorstand; MSB-SPARTAKUS-Bundesvorstand; DFG-IDK-Bundesvorstand

BUCHER

Buch des Monats: Das Lied vom roten Pfeffer

Wenige Dichter haben ihr gesamtes Leben und Schaffen so eng mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden, wie es der Ingenieurssohn Erich Weinert aus Magdeburg getan hat. Geboren im Jahre 1890, Lehre in einer Maschinenfabrik, bittere Erfahrungen während seiner fünfjährigen Soldatenzeit. Als Dichter meldete er sich zum ersten Mal 1921 zu Wort:

*In Rothenburg ob der Tauber,
Da sitzt ein Akadem;*

*Und was er fühlt, ist sauber,
Und was er denkt, System.*

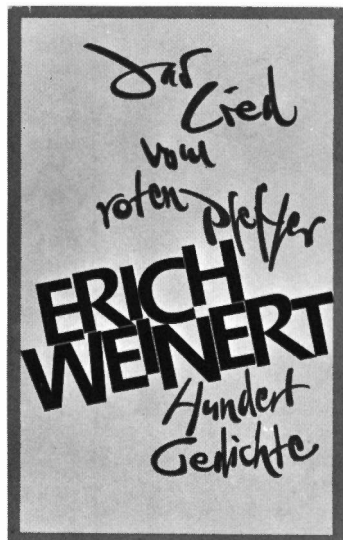
Monarchisten und Militaristen, Spießbürger und weltfremde Intellektuelle waren die ersten Zielscheiben seines beißenden Spotts. Und 1923 – es könnte gestern geschrieben worden sein – entstand sein „Sozialdemokratisches Mailiedchen“:

*Stell auf den Tisch
das Bild von Vater Bebel,
den „Vorwärts“,
Jahrgang 13, hol herbei,
Und klirre wieder mit dem
Schutzmannsäbel
Wie einst im Mai!*

Zusammen mit Klaus Neukrantz (berühmt durch seinen proletarischen Roman „Barrikaden am Wedding“) und Erwin Piscator (dessen Film „Die Fischer von St. Barbara“ – nach einer Erzählung von Anna Seghers – weltbekannt wurde) schuf er 1924 die „Rote Revue“, die für Weinert den Durchbruch zum Straßentheater, zur künstlerischen Agitation der werktätigen Massen wurde.

Weinert war der bekannteste revolutionäre Dichter während der Weimarer Republik. Wohin er kam, füllten sich Säle und Versammlungsplätze. Und jedes seiner Gedichte trug dazu bei, wesentliche Aufgaben des politischen Kampfes einsichtiger zu machen. So auch „Der heimliche Aufmarsch“, ein mitreißendes Lied gegen die imperialistischen Kriegspläne:
Es flüstert Dollars,

*es flüstert Kanonen,
Es flüstert Panzerplatten
und Gas,
Es flüstert Gewehre
und Patronen,
Es flüstert Kredite und
Kriegsschulderlaß.
Es flüstert die Stimme des
Weltfaschismus
Mobilmachung gegen den Bol-
schewismus!*



Dort, wo die Klasse kämpfte, war Weinert. Aus dem faschistischen Deutschland emigriert, agitierte er 1935 im Saarland gegen den Anschluß an das Hitler-Reich. Nach dem II. Internationalen Schriftstellerkongreß, der die fortschrittlichsten Autoren der Erde in dem von den Faschisten belagerten Madrid vereinigt hatte, stand er in den Reihen der Internationalen Brigaden. Und zusammen mit Walter Ulbricht lag er im Winter 1942/43 in den Schützengräben von Stalingrad, um die Soldaten der Hitler-Wehrmacht zur Beendigung des sinnlosen Blutvergießens aufzurufen:

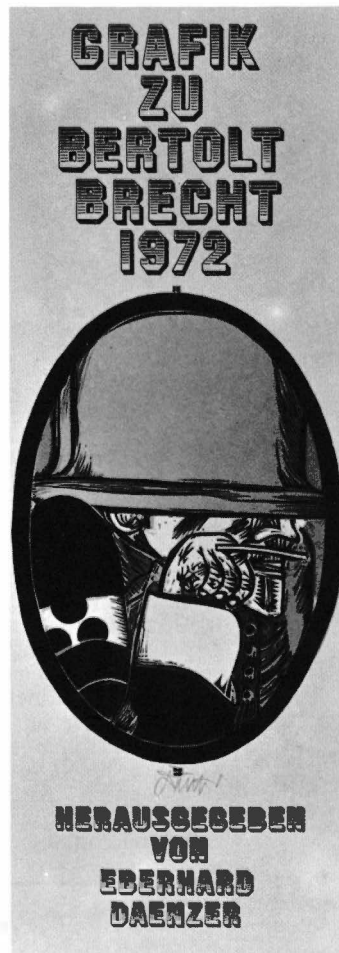
*Sterben? Für ein
Scharotzergezücht,
Das ihr mit Blut gemästet,
Das euer Mutter
Deutschland Gesicht
Mit seinem Aussatz
verpestet?*

*Nehmt euer Schicksal selbst
in die Hand!
Es gilt, für ein
neues Vaterland
Zu leben, zu atmen,
zu schaffen!*

Erich Weinert gehört zu den Mitbegründern der revolutionä-

ren deutschen Literatur, an deren Tradition die jungen sozialistischen Autoren der BRD heute anknüpfen.

Erich Weinert: „Das Lied vom roten Pfeffer – Hundert Gedichte“, Aufbau-Verlag Berlin, 212 Seiten, 6,90 DM; zu beziehen über: WLVG, 234 Neumünster, Wendenstraße 8.



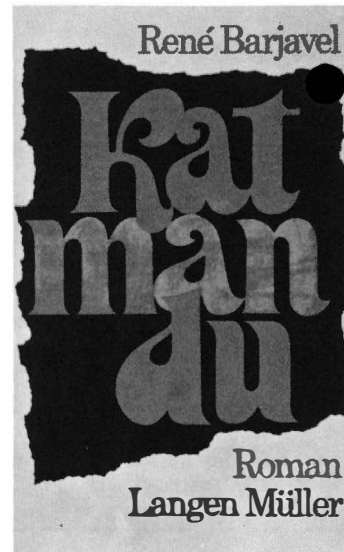
Brecht-Grafiken

Ein heißer Tip für Brecht-Fans: Für 1972 gibt es einen Bert-Brecht-Kalender. Er enthält 13 Grafiken zu Szenen aus der „Dreigroschenoper“, „Coriolan“ und anderen Stücken und Gedichten von Eberhard Daenzler, Annette Ziegler, Karl

Georg Hirsch und anderen Künstlern. Sehr empfehlenswert, auch als Geschenk!

„Brecht-Grafik“, 13 Originalgrafiken mit einem Kalendarium, herausgegeben von E. Daenzler.

Bezug über: Eberhard Daenzler, 75 Karlsruhe, Cäciliastr. 34.



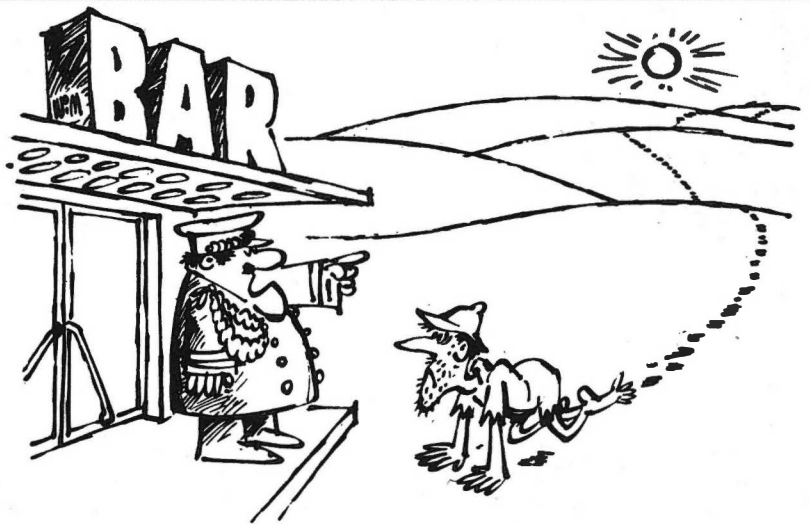
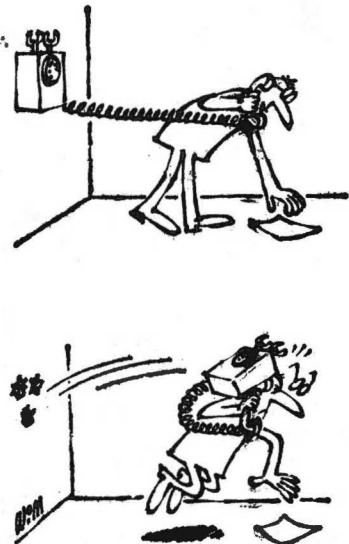
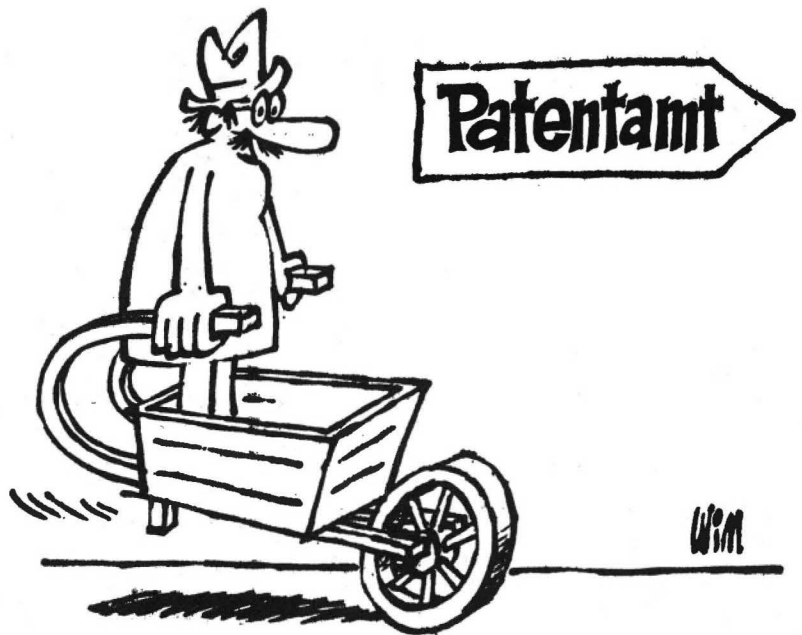
Degeneriertes Bürgertum

„Katmandu ist der Roman der jungen Generation“, behauptet der Verlag Langen-Müller über das neueste Machwerk des französischen Schnellschreibers Barjavel. Über 384 Seiten hinweg verfolgt der Autor eine Gruppe von Bürgersöhnchen und -töchterchen, die – enttäuscht vom Ausgang der Pariser Studentenrevolte im Mai 1968 – ins ferne Indien nach Katmandu, dem Wallfahrtsort der Hippies aller Länder, pilgern. Der Verlag hat allen Grund, dieses Geschreibsel „optimistisch“ zu nennen: Wer hascht, liest nicht im Kapital – von Weltveränderung einmal ganz zu schweigen.

Rene Barjavel: „Katmandu“, Roman, Langen-Müller, München 1971, 384 Seiten, 24,- DM.



„Langweilige Fahrt!“



„Betreten ohne Krawatte verboten!“

★ ★ ★ ★ SONG-

Unter'm Hammer: „Schöne Maid“

Die deutsche Heiterkeit hat wieder zugeschlagen. Und zwar mit Erfolg, denn die Platte „Schöne Maid“ von Tony Marshall war in einem großen Kaufhaus in Dortmund gar nicht mehr vorrätig, ein bedeutendes Plattengeschäft verkauft in der Woche über 100 Exemplare; der „Hit“ steht in der Liste auf Platz 2. Was einem da an Banalitäten geboten wird, schlägt dem Faß die Krone ins Gesicht: „Schöne Maid, glaub mir, so jung wie heut' – oh, ja, oh, ja ooh, kommen wir nicht mehr zusammen, vielleicht ist es schon morgen viel zu spät . . .“

Vogelgezwitscher – aus deutschen Wäldern frisch ins Wohnzimmer – und schon stellt sie sich ein: die Urgemütlichkeit. Trallalal Bei diesen Oberflächlichkeiten häßt sich Tony Marshall aber nicht lange auf, interessieren ihn doch Grundfragen der menschlichen Existenz:



„Wer weiß, wie lange das noch geht, wer weiß, wie lang' die Welt sich dreht?“

Antwort:

„Und sind auch Sorgen da, die hat ein jeder ja. Wir wollen ganz zufrieden sein und trinken Schnaps und Bier und Wein!“ – Prost!

Erschreckenderweise ist die Mu-

sik genau so gut. Es hört sich so an, als ob Herr Marshall sich am Prinzip der ach so lustigen Karnevalslied-Komponisten orientiert hätte: grölende Biertischfröhlichkeit.

elans Serie „Unter'm Hammer“ freut sich jedenfalls schon auf das nächste Tony-Marshall-Produkt.

Übrigens: Der neue Modetanz heißt Hoppssassa . . .

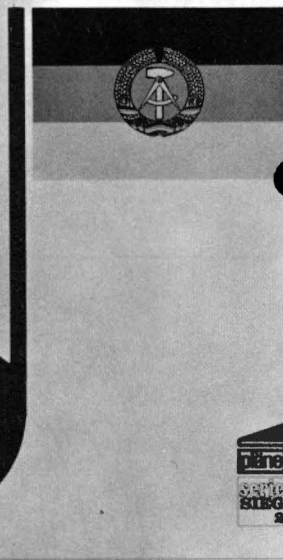


Deep Purple in Rock

Sie bringen Musik für Stuyvesant-Raucher, im Stil der neuen, progressiven Zeit. Die goldene Mischung, abgestimmt auf den statistischen Publikums geschmack. Hier eine Clapton-Einlage, da das obligatorische Schlagzeugsolo. Hier ein bißchen Led-Zeppelin Sound, da ein bißchen viel Nice Imitation. Natürlich fehlt auch die fischelnde Orgel nicht. Alles, was „in“ ist und sich somit gut verkaufen läßt, hat Deep Purple zusammengefaßt. Damit der Brei zusammenpapt, wird alles von einem harten, mitreißenden Rhythmus, der natürlich ebenfalls gut ankommt, umklammert. Nach dem gleichen Prinzip wurde der Text geschrieben: Modewörter wie „lovin“, „lord“ oder „message“ werden in primitive, nichtssagende Herz-Schmerz-Reime gefaßt. Ein Stück hebt sich etwas von allen anderen ab: „child of time“. Ein simples, aber eingängiges Thema wird zunächst von der Orgel geschickt umspielt,

NEUES DEUTSCHLAND

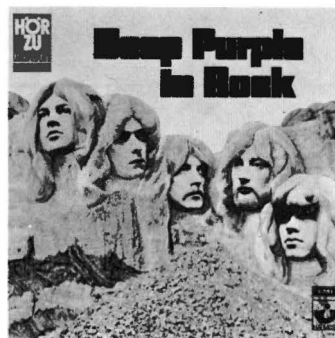
POLITISCHE
LIEDER AUS DER
DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN
REPUBLIK



Lieder aus der DDR

Nachdem der Verlag „pläne“ vor kurzer Zeit auf der ersten Platte seiner neuen „Serie Sieg“

die italienische Gruppe „Il Contemporaneo“ (Zeitgenossen) vorgestellt hat, liegt jetzt die zweite Aufnahme dieser Serie vor: „Neues Deutschland – Politische Lieder aus der Deutschen Demokratischen Republik“.



Schlechter Witz

Am 13.10. wurde um 22.00 Uhr vom NDR ein Programm mit dem Titel „Protest-songs – wirksam oder wirkungslos?“ ausgestrahlt. Am Tag zuvor war in der Presse zu lesen, Dieter Süverkrüp und Dietrich Kittner hätten dagegen Protest erhoben, daß ihre Beiträge – entgegen vorherigen Abmachungen – von Mathias Walden kommentiert würden. Ihnen war bei den Aufnahmen zu der Sendung verschwiegen worden, daß Walden, einer der ärgsten Reaktionäre unter den rechten Meinungsmanipulatoren, als Kommentator verpflichtet werden sollte. NDR-Sprecher Quast hielt das

von der Gruppe übernommen, gut umgesetzt, fallengelassen und wieder aufgenommen.

Fazit: Eine Platte im Progreß-Kommerz-Stil. Von dieser Platte kribbelt es höchstens im Tanzbein, nicht aber im musikalischen Nerv, daher als Background-Platte für eine Fete bedingt geeignet.

(EMI HARVEST SHZE288)

MAGAZIN:



10 Jahre „pläne“ 10 Jahre Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg



Eine Woche lang feierte der Verlag „pläne“ Geburtstag – mit Hanns-Ernst Jaeger, Juan & Jose, Fasia, Süverkrüp (siehe Foto), Kittner und den „Flöhen“. Zahlreiche Besucher unterschrieben die Solidaritäts-

erklärung für Angela Davis und die Petition an die Bundesregierung, der Revolutionären Provisorischen Regierung Südvietnams die Einrichtung eines Informationsbüros in der BRD zu gestatten.

Diese längst fällige Platte bietet einen repräsentativen Querschnitt der Singebewegung, die in der DDR in den 60er Jahren entstand und heute etwa 3 000 „Singeclubs“ umfaßt.

Neu am Schaffen dieser jungen Laienkünstler ist der vielfältige und geschickte Einsatz moderner Musikinstrumente wie z.B. elektrischer Gitarren oder percussion, neu auch die Verwendung lateinamerikanischer oder asiatischer Musikelemente in den Liedern der internationalen Solidarität (Lua Lied, Revolution en Ecuador.)

Neben den in „eingeweihten“ Kreisen auch hierzulande bekannten Gruppen Oktoberklub Berlin, Gruppe pasaremos, Thomas-Natschinski-Gruppe, sind zu hören: Mikis-Theodorakis-Klub Berlin, Chansonklub Pankow, FDJ-Singeklub „Kurt Barthel“ Rostock, FDJ-Singezentrum Neubrandenburg und der „alte Hase“ Kurt Demmler als Einzelinterpret.

Wir sind sicher, daß diese Platte nicht nur die interessiert, die sich mit der DDR beschäftigen, sondern auf helle Begeisterung bei all denen stoßen wird, die nichts von dem Spruch halten: „Politisch‘ Lied – ein garstig‘ Lied“

für eine „witzige Idee“. Wie schlecht der Witz war, zeigte die Sendung. Mit der größten Unverfrorenheit stellte der feine Herr Walden Süverkrüps und Kittners Schaffen auf eine Stufe mit Udo Jürgens' „Lieb Vaterland“-Protest. Während er in Eckart Hachfelds Text Demagogie entdeckte, betrieb er sie selber, indem er dem Publikum suggerierte, Süverkrüps und Kittners Texte seien von Form und Inhalt genauso belanglos wie Udo Jürgens' Song – der bereits in elan 6/71 „Unter'm Hammer“ war. Unangefochten konnte der kalte Krieger Walden behaupten, die engagierten Polit-Künstler ritten auf der Protest-Welle Attacken gegen alles, Kittner und Süverkrüp seien korrupte Geschäftemacher: „Nichts stimmt – nur die Kasse!“

Wenn Dieter Süverkrüp musika-

lisch aufklärt und protestiert, höhnt Walden, der den Vietnam-Krieg der US-Imperialisten gutheißt: „In Vietnam wird Blut vergossen, der Sänger vergießt Schweiß.“ Fragt sich bloß, warum er nicht mit Süverkrüp oder Kittner diskutiert hat, sondern ausgerechnet mit Udo Jürgens, dessen Song auseinanderzunehmen ja nun wahrlich keine Kunst war. Dann wärs wohl nicht so gelaufen wie mit „Lieb' Udolein“ (H. Hoffmann), und Dietrich Kittners dunkle Prophezeiung, in der Sendung solle linke Kunstausübung disqualifiziert werden, hätte sich nicht erfüllt. Den Beweis für die Wirksamkeit des politischen Liedes hat Herr Walden jedoch erbracht: durch seine wütende, gehässige Reaktion.

Manfred Riesberg
Friedhelm Engels

„Superstar“

Die amerikanische Plattenfirma Decca erzielte von dem Verkauf der Aufnahme „Jesus Christ-Superstar“, die musikalisch einen abenteuerlichen Kreuz-Revolutzzer im (von der bürgerlichen Pop- und Postermanufaktur entstellten) Che Guevara-Look anbietet, bei einem Umsatz von zirka 2 Millionen Platten und 600 000 Kassetten einen Reingewinn von etwa 16 Millionen Dollar. Die Jesus-Welle rollt – das Geld auch. Halleluja!



Roter Kalender
für Lehrlinge und Schüler 1972

Taschenkalender, 128 Seiten, Inhalt: Kalenderium mit brauchbaren oder lustvollen Hinweisen, Bildern, Comics, Alphabet für Freundschaftsbriefe, Adressen, Leihbüchereien, Rechtsanwalte, Pillen- und Drogeninformation, Ratgeber für Knast und Demonstrationen, Druck-techniken, Video, Super 8, Kapitalismus der BRD, Über Sozialismus, Literatur, in jeder Buchhandlung. (Oder schreibt uns: Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 9.)



POST

An Redaktion
"elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

P.S.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns
Eure
Adressen-
wünsche. Wir
werden Euch
gerne
Anschriften
aus den
verschiedenen
Ländern
übersenden.



Flohmarkt

Die Zahl der elan-Leser nimmt weiter zu. Nur wenigen elan-Freunden dürfte es wie diesem neuen Leser gegangen sein:

Auf einem Flohmarkt in Reutlingen habe ich ein Exemplar des elan gesehen und gekauft. Vorher habe ich eure Zeitschrift noch nie gesehen und auch noch nie etwas davon gehört.

Leider handelte es sich um die März-Ausgabe 1971. Ich habe versucht, eine neuere Ausgabe aufzutreiben, aber in keiner Buchhandlung und an keinem Kiosk im Raume Reutlingen-Pfullingen war eine zu haben. Schreibt mir bitte doch, wo ich euer Jugendmagazin kaufen kann oder schickt mir eure Abo-Bedingungen.

Im Märzheft fand ich sehr gut: „Wie links ist der Pop“, „Ohne Hasch und kalte Füße“, „Goldenes Vorhängeschloß“, „Wer streikt, klaut auch“.

WERNER GÖTZ, Pfullingen

Über 200 DM gesammelt

Die Basisgruppen der Gießener Schulen schickten uns einen Bericht über ihre Kampagnen gegen Krieg und Militarismus, aus dem wir hier die wesentlichen Auszüge veröffentlichen:

In der Woche vom 27. September bis zum 1. Oktober 1971 veranstalteten die Schülerbasisgruppen der Herderschule (Gesamtschule der Stadt Gießen) und des Landgraf-Ludwig-Gymnasiums eine Vietnamkampagne. An der Liebigschule und der Ricarda-Huch-Schule wurde die Vietnamkampagne von den betreffenden Direktoren verboten, wogegen die Sprecher der Basisgruppen energisch protestierten.

Auf Flugblättern wurde der Grund für die Vietnamkampagne erklärt:

„1. Die Informationspolitik ‚unserer‘ Presse ist so schlecht, daß sich kaum jemand ein Bild über die ... Hintergründe und politisch-ökonomischen Zusammenhänge dieses Krieges machen kann ...

2. Dieser Krieg wurde auch von allen bisherigen westdeutschen Regierungen gebilligt und ... unterstützt ... Einige Folgen sind: Preissteigerungen ..., Lohnabbau und Arbeitslosigkeit ...

Das heißt, wir sind alle Betrof-



fene des Krieges und haben somit ein elementares Interesse an seiner Beendigung.

3. Es hat sich gezeigt, daß nur durch das solidarische Verhalten von Millionen von Menschen auf dem ganzen Erdball die schlimmsten Auswüchse des Aggressionskrieges der USA verhindert werden konnten... „Höhepunkt der Kampagne bildete ein Teach-in in beiden Schulen. Den Abschluß bildete eine lebhaft diskutierte und eine Sammlung für ein Kinderkrankenhaus in Haiphong in der Demokratischen Republik Vietnam. Es kam allein auf der Herderschule ein Betrag von über 200 DM zusammen. Die Basisgruppen kündeten für den November in Zusammenarbeit mit Gießener Ersatzdienstleistern und „Soldat 70“ eine Antimilitarismus-Kampagne an.

I.A. BRUNO OSUCH, Gießen

Wer ist der Hauptfeind?

Es scheint immer noch Leute zu geben, die sich einbilden, nicht das Großkapital und seine Hauptpartei, die CDU/CSU, sei der Hauptfeind der Arbeiterklasse, sondern die SPD:

Hiermit möchte ich euch mitteilen, daß ich die elan-Zeitschrift ab sofort nicht mehr zugeschickt bekommen möchte. Ich stimme mit euren Richtlinien, die sich mit denen der SDAJ und der DKP decken nicht überein. Eine Verdummung der Bevölkerung und eine Irreführung der Jugend kann ein Kommunist nie gutheißen. Eure Kompromißschließe mit der SPD ist nicht nur eine Kompromißschließe, sondern eure Politik. Macht doch endlich Schluß mit der Unterstützung der SPD-Regierung, denn die SPD ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse und somit auch der Arbeiterjugend.

INGRID NEBEL, Marburg

Sex und Klassenkampf

Manchen Lesern ist elan nicht „sexy“ genug:

Seit ca. einem dreiviertel Jahr lese ich nun elan und bin im großen und ganzen mit der Zeitschrift zufrieden! Aber warum kein Sex? Spricht man über so etwas in Klassenkämpferkreisen nicht?

Meiner Meinung nach ist die Sexualität mit ein wichtiger Bestandteil im Leben des Menschen – sowohl in der kapitalistischen als auch in der sozialistischen Welt. Warum soll dann nicht auch ein den Klassenkampf unterstützendes Magazin solche Themen anfassen?

Natürlich sollte man nicht versuchen, wie die übrigen bundesdeutschen Zeitschriften und Magazine, mit dem Sex in Form von kitschigen oder pornographischen Geschichten Geld zu verdienen.

Könnte man nicht zum Beispiel einmal aus den sozialistischen Ländern berichten, wie es da mit der Sexualität aussieht?

Ganz sicher gibt es auch in Westdeutschland genügend Probleme in bezug auf Jugend und Sexualität, über die es sich zu berichten lohnt.

Ich könnte mir vorstellen, daß dadurch für manch' einen elan etwas interessanter wird.

GERHARD ZIMMERMANN, Lich

Gefährliche Tendenzen

Die Diskussion um die Rolle der Schüler geht weiter. Soll elan „mehr für Schüler“ bringen oder brauchen die Schüler eine eigene Zeitung?

Die Tendenz des in elan 9/71 abgedruckten Leserbriefs von Werner Banghard ist sehr gefährlich! W.B. verdreht die Wirklichkeit: Die Probleme der Schüler als Resultate „individualistisch kleinbürgerlichen Denkens“, „Aufblöhen gegen die Generation ihrer Väter“ oder vereinfachend mit „wachsender Repression“ zu erklären, ist (ungewollt natürlich) eine fatale Mischung aus Bildzeitungspropaganda und Herbert Marcuse, gemischt mit einem kräftigen Schuß Proletkult, der seit Lenin zumindest theoretisch überwunden ist.

Entspricht der Kampf der Schüler gegen reaktionäre Lerninhalte, zu unkritischen Denken erziehende Lehrmethoden, gegen Bundeswehrwerbung in den Schulen und Universitäten, für Mitbestimmung etwa nicht den objektiven Interessen der fortschrittlichen Jugend? Ist das kein Kampf gegen das Kapital, kein Kampf auch für die Interessen der arbeitenden Jugend? Wer derart unter den heutigen gesellschaftlichen Umständen den Kampf der Schüler und Studenten liquidieren will, handelt meines Erachtens nach sek-

tierisch und verantwortungslos.

Es geht darum, dem Klassengegner überall entgegenzutreten, in jedem Bereich und mit der spezifisch auf die dort befindlichen Massen eingestellte Propaganda. Wir müssen die Einheit der arbeitenden und lernenden Jugend festigen und ausbauen und dürfen auf keinen Fall einen Keil hineintreiben. Das nützt nur den Herrschenden. Darum: Wir brauchen eine sozialistische Zeitung in der Art wie elan für den Schülerektor. Dieses Projekt muß verstärkt diskutiert werden.

AXEL SCHILDT, Großhansdorf

Lehrjahre sind keine...

Ständig berichtet elan über die Ausbeutung von Lehrlingen. Hier der Brief eines Lesers, der elan wahrscheinlich noch nicht lange liest:

Ich habe Ihr Blättchen elan gelesen. Es ist gut, daß Sie für eine Verbesserung der Bedingungen für Lehrlinge kämpfen. Aber hilft das wirklich den Lehrlingen? Sie stellen selber fest, daß viele dann fliegen, wenn sie dafür kämpfen. Wird nicht auch dadurch die Preisspirale noch höher gedreht? Was nützt es, wenn man 600,-, 700,- oder 800,- DM als Lehrling verdient und sich dann nichts kaufen kann dafür, weil alles so teuer ist. Denken Sie nur an die Mieten. Außerdem geht es den Lehrlingen bei weitem nicht so schlecht, wie im 3. Reich und davor. Lehrjahre sind eben keine Herrenjahre.

JÜRGEN KOLWE, Nürnberg

Weiterhin viel Erfolg

Ein Leser verabschiedet sich von elan und stellt gleich seinen „Nachfolger“ vor:

Da ich ab Oktober eine Ingenieurschule besuchen werde und dann dem „Spartakus“ beitrete, möchte ich euch bitten, mein elan-Abonnement auf den Auszubildenden Wolfgang Sch. umzuschreiben.

Bis auf das Fehlen jeglicher marxistischer Kritik an den Ostblockstaaten hat mir elan gut gefallen. Ich wünsche euch weiterhin viel Erfolg.

HANS STRAUB, Diefenbach

Bestellt sofort:

elan-Jugendkalender 1972
mit 13 Vierfarb-Posters und
Verzeichnis von wichtigen Daten
aus der Arbeiterjugendbewegung.

Preis: DM 4,80



Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286 S.
Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
NÖTHEL
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!



Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließ-
lich Zustellgebühr)

(Unterschrift)

(Anschrift)

... und dann
einsetzen an:
Weitkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16



Für den Luftfahrtinteressenten, Modellflugsportler und -bastler: Literatur aus dem transpress Verlag!

For persons interested in aviation and aeromodelling: Literature from the transpress Publishing House

transpress Lexikon Luftfahrt

418 Seiten · 150 Abbildungen · 20 Tabellen · 1 Tafel
Leinen mit Schutzumschlag 24,- M

418 pages · 150 figures · 20 tables · 1 chart · Cloth with
dust jacket 24.- M

Dem vielseitigen Bedarf und großen Leserkreis entspricht die Herausgabe dieses populärwissenschaftlichen Nachschlagewerks über die Luftfahrt in Form eines Sachlexikons. Das Werk enthält die wichtigsten Stichwörter aus Aerodynamik, Flugmechanik, Flugzeugbau, Flughäfen, Navigation und -meteorologie, Fallschirm- und Flugmodell-sport, Geschichte der Luftfahrt, Luftfahrzeuge, Luftverkehr, Kunstflug, Militärluftfahrt sowie aus den Gebieten Triebwerke und Segelflug.

The publication of this popular science reference book on aviation in form of an encyclopaedia meets a comprehensive demand and appeals to a wide circle of readers. The book contains the most important catchwords on aerodynamics, flight mechanics, aircraft construction, airports, air navigation and aeronautical meteorology, parachute sports and aeromodelling, on the history of aviation, aeroplanes, air traffic, aerobatics and military aviation, as well as in the fields of aircraft engines and soaring flight.

Lothar Hennicke

Funkferngesteuerte Flugmodelle

240 Seiten · 99 Abbildungen · Halbleinen zellophaniert
12,80 M

240 pages · 99 figures · Quarter-cloth cellophaned
12.80 M

Nach einführenden Abschnitten über den Fernlenkflug und die Funkanlage folgen Erläuterungen unter anderem zum Aufbau des Modells, zu Modelltriebwerken, zur Flugvorbereitung, zur Flugplatzausrüstung und zum Fliegen mit funkferngesteuerten Motor- und Segelflugmodellen.

Preceded by some introductory paragraphs on tele-controlled flight and radio equipment, explanations are given, for instance, on the design of models, model aircraft engines, the preparation of flights, aerodrome installations, and flight-operation of radio-controlled, power-driven models and soaring glider models.

aerotyp

Lieferbar sind (Available for delivery):

- aerotyp – Reiseflugzeuge
- Rotorflugzeuge
- Verkehrsflugzeuge
- Militärflugzeuge
- Arbeitsflugzeuge
- Transport- und Frachtflugzeuge

Jeder Band hat etwa 96 Seiten und 92 Abbildungen
Broschiert pro Band 4,- M

Each volume consists of about 96 pages and 92 figures, in
paper-bound, volume prize 4.- M

ist eine Buch-Reihe, die die bemerkenswertesten Flugzeuge der Gegenwart – nach Flugzeugarten getrennt – vorstellt. Alle Bände der aerotyp-Reihe sind nach einem einheitlichen Schema aufgebaut. Foto und Dreiseitenansicht ergänzen den kurzen beschreibenden Text der Entwicklungsgeschichte des Flugzeugs sowie Angaben über technische Daten, Abmessungen, Leistungen und gegebenenfalls Bewaffnung.

– a series of books, which present the different types of most remarkable aircraft of our time and age. All volumes of the aerotyp series are set up according to a standard system. The brief descriptive text on the history of development of the type of aircraft dealt with, as well as on technical data, measurements, performance parameters and possible armament is completed by photographs and views of the aircraft in three directions.

Auslieferung der Titel:

transpress Lexikon Luftfahrt

aerotyp-Reihe

in der BRD und Westberlin durch Motorbuch-Verlag, Stuttgart

Unsere Literatur ist nur in deutscher Sprache lieferbar.
Our literature is available in German language only.

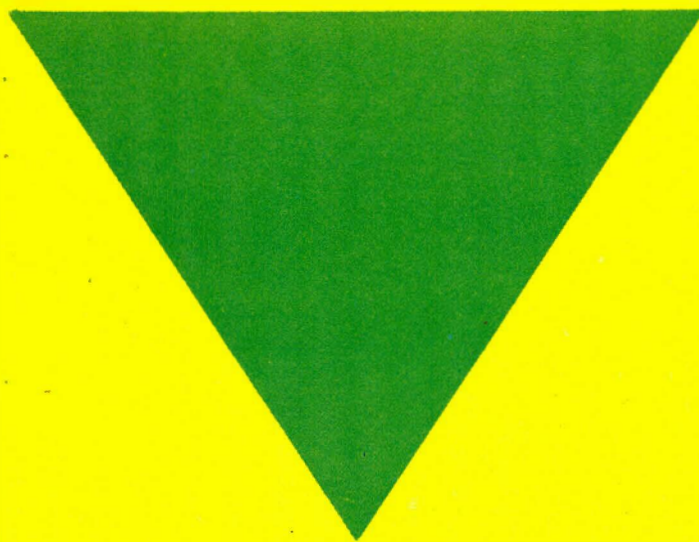


transpress

VEB Verlag für Verkehrswesen

DDR-108 Berlin, Französische Straße 13/14

Leo Haas



Terezín / Theresienstadt

20 Radierungen in einer Umschlagmappe
29,7 cm × 42 cm · Etwa 19,50 M

Er ist durch die Hölle der Konzentrationslager Theresienstadt, Auschwitz, Mauthausen und Sachsenhausen gegangen, und er hat sie, einer der wenigen, überlebt. Seine Zeichnungen aus Theresienstadt – der Bildbericht des Augenzeugen – blieben vor der Vernichtung bewahrt, eingemauert in einem Quartier des Ghettos. Nach diesem Material schuf Leo Haas einen Zyklus, 20 Blätter des Gedenkens, der Mahnung. Kurze Kommentare verdeutlichen die Zusammenhänge. Eine biographische Notiz, verschiedene Blätter aus anderen Schaffensperioden und das Nachwort von Henryk Keisch gelten der Ehrung eines 70jährigen, kampferfüllten Lebens.

20 etchings in a folder
42 cm × 29.7 cm · About 19.50 M

He lived through the hell of the concentration camps in Theresienstadt, Auschwitz, Mauthausen, and Sachsenhausen—and he survived, one of the few who did so. His drawings from Theresienstadt—the report of an eyewitness—were saved from destruction by being immured in a wall of the ghetto. From this material Leo Haas created a cycle, 20 etchings of remembrance, of warning. Short commentaries illustrate the connections. The biographical note, different drawings from other periods of his creative work, and the concluding remarks by Henryk Keisch all honour the militant life of Leo Haas on the occasion of his 70th birthday.

Eulenspiegel Verlag

DDR-108 Berlin
Kronenstraße 73/74



Verlag der Nation Berlin

Peter Edel

Ein Roman über deutsche Vergangenheit und Gegenwart

3., veränderte Auflage · Etwa 560 Seiten · Leinen 11,80 M
Erscheint im Dezember 1971
Gegenwärtig dreht der Deutsche Fernsehfunk einen mehrteiligen Film, dessen Drehbuch unter Mitarbeit des Autors entstand

Die Bilder des Zeugen Schattmann

Wilhelm Adam

Ehemaliger 1. Adjutant der 6. Armee

Unter wissenschaftlicher und literarischer Mitarbeit von Prof. Dr. habil. Otto Rühle · 12. Auflage 524 Seiten · 5 Karten · Leinen 11,80 M · In der DDR bisher 167 500 Exemplare · Lizenzausgaben: CSSR, Polen, UdSSR und Ungarn · Erscheint im Oktober 1971

Der schwere Entschluß

Rudolf Petershagen

1945 Kampfkommandant von Greifswald

16. Auflage · 336 Seiten
16 Fotos · Leinen 8,90 M · In der DDR bisher 265 000 Exemplare · Lizenzausgaben: Bulgarien, CSSR, UdSSR und Ungarn
Lieferbar

Gewissen in Aufruhr

**Wolfgang Gans Edler Herr
zu Putlitz**

Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten · 15. Auflage 384 Seiten · Leinen 8,90 M · In der DDR bisher 147 500 Exemplare · Lizenzausgaben: Bulgarien, CSSR, UdSSR, Ungarn, Großbritannien, Japan und Niederlande · Erscheint im Oktober 1971

Unterwegs nach Deutschland